

# demokratie



Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie | Ausgabe 01.22

*WER SIND  
„DIE ANDEREN“ ...*

*... IN EINER  
DEMOKRATIE?*

## **Koalitionvertrag**

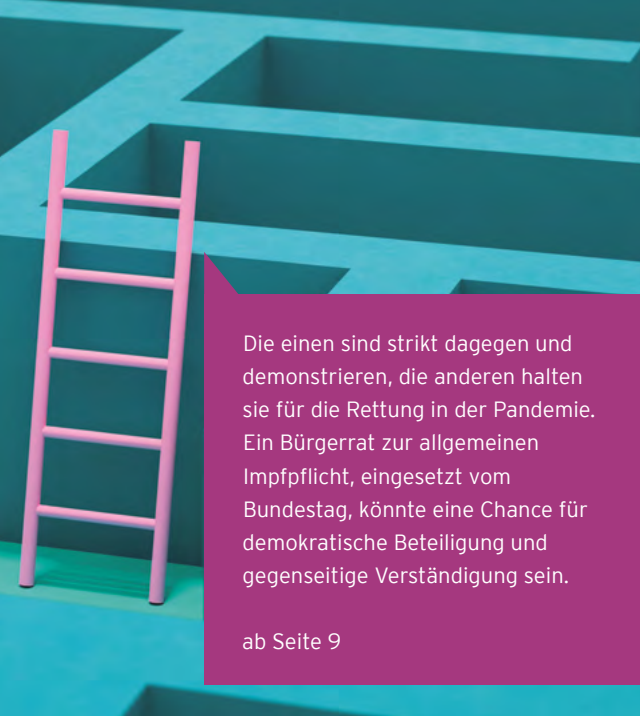
Ein Fortschritt für die Demokratie?

## **Debatte zur Impfpflicht**

Die Chance für einen Bürgerrat

## **Italien**

Frühlingserwachen für die direkte Demokratie



Die einen sind strikt dagegen und demonstrieren, die anderen halten sie für die Rettung in der Pandemie. Ein Bürgerrat zur allgemeinen Impfpflicht, eingesetzt vom Bundestag, könnte eine Chance für demokratische Beteiligung und gegenseitige Verständigung sein.

ab Seite 9



Der Weg von der Smart City zur Common City liegt in der bürgernahen Beteiligung und in den für alle Menschen offen zugänglichen Daten. Dann könnte Digitalisierung Menschen zusammen führen statt sie zu vereinzeln und zu kontrollieren.

ab Seite 18



Die verfassungsgebende Versammlung in Chile, entstanden aus sozialen Protestbewegungen und repräsentativ von unten gewählt, kann das Land gerechter und ökologischer machen und ein Beispiel auch für andere Länder werden.

ab Seite 36

## Inhalt

### Koalitionsvertrag

- 4 Rückblick Bundestagswahl 2021
- 8 Da ist mehr drin, als wir dachten!

### Coronakrise

- 9 Die Krise als Chance - für einen Bürgerrat zur Impfpflicht!

### Volksbegehrensbericht

- 11 Eine Tendenz für mehr Umweltschutz

### Bürgerbeteiligung

- 13 Von der Politik des Gehörtwerdens zur Politik des Mitwirkens

### Bundesverdienstkreuz

- 16 Bundesverdienstkreuz für Angelika Gardiner

### Smart City

- 18 Clever durch digital

### Demokratische Innenräume

- 22 Demokratie vollständiger denken
- 26 Demokratieforschung: Polarisierung in Krisen überwinden

### Europa

- 30 Europas großes Demokratie-Experiment

### Italien

- 33 Überraschender Frühling für die Direkte Demokratie

### Chile

- 36 Eine verfassungsgebende Versammlung von unten

### Historisches Beispiel

- 39 Warum die direkte Demokratie im Grundgesetz fehlt

### Rezension

- 42 Joachim Raschke: Die Erfindung der modernen Demokratie

### FAQ

- 44 Wie geht Mehr Demokratie mit Corona um?

### MD Intern

- 45 Da geht es lang!
- 47 Termine Bundesmitgliederversammlungen 2022

### Ländertelegramm

- 48 Neues aus den Landesverbänden

### Der demokratische Spruch

- 50 Schiller/Goethe

Liebe Leserinnen und Leser,

Es scheint in Mode gekommen, seine Meinung wie eine Betonplatte auf den Boden fallen zu lassen und sich dann draufzustellen. Da liegt sie die Betonplatte, das ist meine Meinung, da steh ich drauf - und pfeif auf eure. Betonplatten können eine Fläche schön dicht machen, andererseits wächst dann nichts mehr. Zwischen uns.

Darum geht es in diesem Heft, ums Zuhören, um Resonanz. Auch um differenzierte Betrachtungen. Beispielsweise des Koalitionsvertrages. Die Bürgerinnen und Bürger sollen stärker beteiligt werden. Wie und wozu - da könnte auch für die Regierung dieses Heft anregend sein. In Sachen Bürgerbeteiligung jedenfalls lässt der Koalitionsvertrag hoffen. Die direkte Demokratie aber lässt er vermissen. Dabei könnte sie helfen bei der ökologisch-sozialen Transformation. Das zeigt gleich auf den folgenden Seiten die Analyse der bisherigen Volksinitiativen in Sachen Umweltschutz. Uns bleibt, jedenfalls für die Bundesebene, der Rückblick auf die Historie. Entwicklungen deuten sich eher in Italien als in Deutschland an. Auch dazu finden Sie Beiträge in diesem Heft.

Noch kurz vor Redaktionsschluss haben wir sie übergeben, die 93.850 Unterschriften für eine echte Reform des Bundestagswahlrechts. Das Motto unseres Aufrufes: Von XXL zurück auf L. Das meint die Größe des Bundestages. Von der langen Bank zurück auf den Verhandlungstisch, das verlangen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

Frühlingsbunt ist dieses Heft.

Lassen Sie sich inspirieren.



Ihr Ralf-Uwe Beck  
Bundesvorstandssprecher



**Ralf-Uwe Beck,**  
**Bundesvorstandssprecher**  
**von Mehr Demokratie.**

# Rückblick Bundestagswahl 2021

Im letzten Heft zur Bundestagswahl 2021 haben wir an dieser Stelle unsere Bundeskampagne für Bürgerräte vorgestellt und die Sprecherinnen und Sprecher des Bundesvorstandes von Mehr Demokratie haben ihre Erwartungen an die neue Regierung formuliert. Jetzt ziehen die gleichen Autoren ein erstes Resumee und bewerten die Erfolge und Defizite des Koalitionsvertrages.

# Mehr Bürgernähe in Sicht!

von Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie

**W**enn sich alle in Sachen Volksabstimmung so einig wären wie bei den Bürgerräten, dann stünden diese jetzt im Koalitionsvertrag. Bürgerräte, das scheint sicher, wird die neue Bundesregierung in dieser Wahlperiode nutzen, um die Entscheidungsfindung zu verbessern. So steht es jedenfalls im neuen Regierungsprogramm: „Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“

Im Klartext bedeutet das, dass Bürgerräte auf Bundesebene etabliert werden und die „Sicherstellung der Befassung“ der erste Schritt in eine rechtliche Verankerung wird. Damit ist die Forderung von Mehr Demokratie erfüllt. Zumindest erst einmal auf dem Papier.

Wir können damit rechnen, dass in dieser Legislatur vielleicht zwei bis vier Bürgerräte eingesetzt werden und die Ergebnisse in die Arbeit des Parlaments mit einfließen und die gemachten Erfahrungen weiter ausgewertet werden. Zu welchen Themen ist allerdings noch offen. Mit jedem Bürgerrat wird sich das Modell verbessern und das Verfahren verfeinern, um dann grundsätzlich etabliert und gesetzlich verankert zu werden. Zu Beginn wird es reichen, über einfache Beschlüsse, zum Beispiel durch den Ältestenrat, Bürgerräte einzuberufen. Auch könnte eine einfache



**„Mit jedem Bürgerrat wird sich das Modell verbessern und das Verfahren verfeinern, um dann grundsätzlich etabliert und gesetzlich verankert zu werden.“**

Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages dies ermöglichen. Nach der Auswertung weiterer Erfahrungen könnte dann eine allgemeine Regelung zum Beispiel in ein Beteiligungsgesetz münden. Darin könnte genau geregelt werden, wer wann, mit welchen Mehrheiten und zu welchen Themen Bürgerräte initiieren kann und wie mit den Ergebnissen umgegangen werden muss.

Das ist ein guter Anfang. Die Regierung wird sich hier sicher auch auf die Unterstützung der Oppositionsfraktionen verlassen können, denn bisher haben sich bis auf die AfD alle Fraktionen – auch nach den positiven Erfahrungen mit dem ersten Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt – für den Ausbau von Bürgerräten ausgesprochen.

Ein weiterer Satz zur Verlebendigung der Demokratie lässt mich aufhorchen: „Wir wollen die Qualität der Gesetzgebung verbessern. Dazu werden wir neue Vorhaben frühzeitig und ressortübergreifend, auch in neuen Formaten, diskutieren.“

Mit dieser Formulierung besteht zumindest die Möglichkeit, die Arbeitsstrukturen des Parlaments zu überdenken und zu verbessern, sowie Modelle moderner und transparenter Gesetzgebung zu erproben.

Der Koalitionsvertrag und die Antrittsrede der neuen Parlamentspräsidentin Bärbel Bas kündigen vor allem eins an: Mehr Bürgernähe! Das lässt hoffen. Taten müssen folgen.

Für Mehr Demokratie finden sich auf jeden Fall gleich mehrere Ankerpunkte im Koalitionsvertrag, in die wir uns mit unserer Arbeit und unseren Forderungen konstruktiv einbringen können und müssen. Erste Gesprächsanfragen unsererseits laufen bereits. Wir haken nach, wir bleiben dran!

Auch wenn uns die bundesweite Volksabstimmung mit dieser Regierung noch verwehrt bleibt, ein Tenor ist unüberhörbar: Die Bürger sollen willkommener sein! /

# Transparenz: Nieder mit Nimby

von Marie Jünemann, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie

**N**imby - das ist ein Begriff aus der Umweltpolitik, ich finde ihn für Demokratiep politik aber noch viel passender. Nimby steht für „Not in my backyard“, ich übersetze es gern mit: „Nicht in meinem Vorgarten“. Eine Nimby-Einstellung in der Politik beobachte ich seit Jahren vor allem beim Thema Transparenz. Transparenz als demokratische Grundlage, als Grundwert an sich - dem stimmen alle Parteien gut und gerne zu. Doch wenn es an die Umsetzung geht, dann werden die Verfechterinnen und Verfechter dieses Grundprinzips auf einmal ganz leise.

Dass nun ein Bundestransparenzgesetz im Koalitionsvertrag steht, ist gut. „Wir wollen durch mehr Transparenz unsere Demokratie stärken. Uns leiten die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Wir werden das Lobbyregistergesetz nachschärfen, Kontakte zu Ministerien ab Referentenebene einbeziehen und den Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen grundrechts-schonend und differenziert erweitern. Für Gesetzentwürfe der Bundesregierung und aus dem Bundestag werden wir Einflüsse Dritter im Rahmen der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und bei der Erstellung von Gesetzentwürfen umfassend offenlegen (sog. Fußabdruck).“ (S. 10) Konkret heißt es weiter: „Wir werden den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit wirksamer ausgestalten.“ Die legislative Fußspur wird also das Lobbyregister ergänzen und Einflüsse auf die Gesetzgebung damit künftig transparenter machen. Zusam-



**„Transparenz ist ein Metathema, es betrifft jeden Politikbereich. Deshalb brauchen wir ein breites Bündnis, um eine Reform glaubhaft und mit guten Argumenten voranzubringen.“**

men mit einer Neufassung des Straftatbestands sind dies deutlich strengere Lobbyregeln. Und: „Die Informationsfreiheitsgesetze werden wir zu einem Bundestransparenzgesetz weiterentwickeln.“ Dies bedeutet eine Umkehr der Holschuld in die Bringschuld. Bürgerin-

nen und Bürger können dann nicht nur nachfragen, sondern der Staat muss Daten und Informationen von sich aus veröffentlichen.

Drei zentrale Aufgaben haben wir von Mehr Demokratie jetzt vor uns. Erstens: Der Transparenz-Elan von neuen Regierungsparteien schläft meist ein, wenn sie es sich in ihren neuen Positionen bequem gemacht haben. Mehr Demokratie muss darauf hinwirken, dass das Vorhaben zügig zu Beginn der Legislatur angegangen wird. Zweitens, und noch wichtiger: Nur weil etwas Transparenzgesetz heißt, ist nicht unbedingt mehr Transparenz drin. Die Veröffentlichungspflichten der Politik und Verwaltung können gestärkt, gleichzeitig aber mehr Schlupflöcher eingeführt werden. Wir müssen aufpassen, dass mit dem Bundestransparenzgesetz keine „Verschlimmbesserung“ verabschiedet wird.

Wenn wir diese beiden Aufgaben angehen, steht einem guten Transparenzgesetz theoretisch nichts mehr im Weg. Aber, drittens: um das zu bewältigen, braucht es nicht nur uns. Transparenz ist ein Metathema, es betrifft jeden Politikbereich. Deshalb brauchen wir ein breites Bündnis, um eine Reform glaubhaft und mit guten Argumenten voranzubringen. Organisationen aus dem Umwelt-, dem Sozial- und dem Demokratiebereich sind gefragt. Damit wir am Ende allen zeigen können: Transparenz im eigenen Vorgarten ist gar nicht so schlimm. Sie ist der Samen, um die gesellschaftliche Debatte, ja das Vertrauen in die Politik zum Blühen zu bringen. /

# Wahlrecht, Petitionen und Diskurse

von Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie

Die Koalition macht in Sachen Bürgerbeteiligung zwei Schritte vor, aber bei der direkten Demokratie einen deutlichen Schritt zurück. Da wird Mehr Demokratie neu zu überlegen haben. Vielleicht lässt sich das Vorhaben, öffentliche Petitionen in Ausschüssen und im Plenum beraten zu wollen, zu einer Volksinitiative oder einem Bürgerantrag aufpäppeln. Immerhin könnte damit das Parlament gezwungen werden, das Anliegen auf die Tagesordnung zu nehmen und in den parlamentarischen Gang zu bringen. Dafür aber wäre vermutlich eine Grundgesetzänderung notwendig. Und für die wiederum bräuchte es Gespräche mit der CDU, was allein schon die Debatte um den Ausbau der Bürgerrechte beleben würde. Selbst wenn sich die Reform tatsächlich in diese Richtung treiben ließe, wäre das noch kein Einstieg in die direkte Demokratie, ein deutlicher Fortschritt schon.

Das Wahlrecht muss reformiert werden. Hier legt der Koalitionsvertrag ordentlich vor. Dieser immer und immer wieder vergrößerte Bundestag wird als Problem markiert, das angegangen werden soll. Das verlangt auch der Aufruf von Mehr Demokratie unter dem Motto „Von XXL zurück auf L“. Allerdings wollen wir mehr: Sperrklausel senken, Ersatzstimme einführen, Proteststimme ebenso. Da die noch vor der Bundestagswahl eingesetzte Wahlrechts-Kommission bestehen bleiben soll, bleibt zu hoffen, dass die von Zoom auf Weitwinkel umsteigt und eine umfänglichere Reform vorschlägt. Beim Wahlalter sind sich die Koalitionäre einig: runter auf 16 Jahre. Das entspricht auch der Forderung von Mehr Demokratie. Für die EU-Wahl kann die Koalition dies mit ihrer Mehrheit beschließen, für die Bundestagswahl allerdings bräuchte es eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die es ohne die CDU nicht geben wird. Die aber mauert und schus-

selst sich dafür eine Argumentation zu recht, nach der das Wahlalter an die Volljährigkeit gekoppelt sein müsse. Das demokratische Existenzminimum ist aber nicht nur für Jugendliche zu erkämpfen, sondern auch für Ausländerinnen und Ausländer, die schon länger in Deutschland leben. Das steht nicht im Koalitionsvertrag, gehört aber mindestens debattiert.

Es klingt nicht nach einem bahnbrechenden Vorhaben, hat aber die Lizenz, für mehr Bürgerbeteiligung bei der Gesetzgebung zu sorgen: „ein digitales Gesetzgebungsportal“, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Das kennen wir aus Thüringen. Es wurde dort auf Drängen von Mehr Demokratie eingeführt. Damit können Gesetzentwürfe, die gut aufbereitet und mit Fragen versehen sind, von Bürgerinnen und Bürger kommentiert werden. Interessant wird sein, wie mit den kritischen Anmerkungen in den Ausschüssen umgegangen wird. Aber darum können wir uns später kümmern. Richtig ist der Vorstoß allemal.

Einen Schlussspunkt will die Koalition unter das unwürdige Gezerre um die Gemeinnützigkeit von Organisationen setzen, die politisch arbeiten: „Wir wollen gesetzlich klarstellen, dass sich eine gemeinnützige Organisation innerhalb ihrer steuerbegünstigten Zwecke politisch betätigen kann ..., ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden.“ Das klingt nach einem Plädoyer für eine starke Zivilgesellschaft. Die wird es auch brauchen, damit die Vorhaben der Koalition auch umgesetzt und so umgesetzt werden, dass ein mehr an Demokratie dabei herauskommt. /



**„Vielleicht lässt sich das Vorhaben, öffentliche Petitionen in Ausschüssen und im Plenum beraten zu wollen, zu einer Volksinitiative oder einem Bürgerantrag aufpäppeln.“**



Koalitionsvertrag:  
Bürgerräte einführen



# Da ist mehr drin, als wir dachten!

Ein Rückblick auf die Ergebnisse der Mehr Demokratie-Kampagnen von Anselm Renn

Es war am letzten Mittwoch im November, kurz vor 15 Uhr, als wir den frisch gebackenen Koalitionsvertrag in den Händen hielten. Nach dem ersten Lesen waren wir ordentlich erleichtert: die Bürgerräte sind keinem Deal zum Opfer gefallen, sondern haben es in den Vertrag geschafft! Die Ampel möchte Bürgerräte einsetzen, sie organisieren und sicherstellen, dass die Ergebnisse im Bundestag diskutiert werden. Der Vertrag verspricht darüber hinaus noch viel mehr:

Die Verkleinerung des Bundestags, Wahlalter ab 16 Jahren, bessere Lobbykontrolle, ein Bundes-Transparenzgesetz und der Ausbau des Petitionsrechts. Letzteres kann ein erster Schritt in Richtung einer Volksinitiative sein, mit der Bürgerinnen und Bürger Themen auf die Agenda des Parlamentes setzen können.

Unsere beiden Kampagnen zu Bürgerräten und die selbstorganisierten Volksabstimmungen von Abstimmung21 waren erfolgreich. Wenn wir ganz ehrlich sind: Das Ergebnis unserer Arbeit übertrifft unsere Erwartungen. Dafür haben wir mit Ihrer Unterstützung gesorgt!

„Jetzt mal halblang“, denken Sie jetzt bestimmt. „Das zieht die Ampel doch sowieso nicht alles durch. Vollkommen unrealistisch.“ - Ja, das kann schon sein. Aber deswegen gibt es ja uns: Mehr Demokratie.

Wir arbeiten seit jenem grauen Mittwoch im November schon wieder daran, dass die neue Regierung ihren Elan bei den Demokratie-Themen aufrechterhält und handelt. Das bunte Buffet an Maßnahmen bedeutet für uns vor allem: das werden intensive und herausfordernde vier Jahre. Richtig gemacht kann es eine Legislaturperiode der Demokratiereformen und der Bürgerbeteiligung werden! /

## Koalitionsvertrag 2021–2025



- Bürgerräte
- Mehr Lobbykontrolle
- Bundestransparenzgesetz
- Verkleinerung Bundestag
- Wahlalter 16
- Bundesweiter Volksentscheid



**Anselm Renn**

Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie.



# Die Krise als Chance - für einen Bürgerrat zur Impfpflicht!

Ein Plädoyer von Claudine Nierth



**E**s ist ein und dasselbe Virus, der weltweit die Menschheit beschäftigt. Und doch geht jedes Land, jede Gesellschaft anders mit der Situation um. Was in einem Land gilt und als hilfreich und hoffnungsvoll umgesetzt wird, scheint in einem anderen Land undenkbar. So kommt es zu den immer wieder schwer nachvollziehbaren Unterschieden in den Maßnahmen und Verordnungen. Warum gilt der Genesen-Status in der Schweiz zwölf Monate und bei uns nur drei Monate? Ist das Virus jenseits der Grenze ein anderes?

Der Umgang mit der Pandemie wirkt oft eher verzweifelt als reflektiert und zeigt vor allem eins: wir irren uns voran, in der Hoffnung, möglichst bald wieder alles unter Kontrolle und die Pandemie überwunden zu haben.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der Gefahrenlage führen zu unterschiedlichen Maßnahmen. Das ist eine große Herausforderung im Umgang mit der Pandemie. Während China auf eine Impfpflicht verzichtet, hat Österreich sie gerade eingeführt. Während die einen Länder alle Verordnungen aufheben, diskutieren andere weitere Lockdowns. Während die einen die neue Omikron-Variante als Chance zum Ausstieg aus der Pandemie feiern, sorgen sich andere um deren rasche Verbreitung. Aber wenn wir eins gelernt haben in den letzten zwei Jahren, dann dass die Welt weder einfach noch eindimensional ist und Corona und Logik sich nicht vereinen lassen. Corona kennt nicht unsere, sondern nur seine eigenen Regeln und die kennen wir leider noch zu wenig. Und Corona hat unser aller Leben in irgendeiner Form verändert, verunsichert und dominiert. Die Diskussionen im Umgang mit Corona haben unsere Familien, Freundeskreise, Arbeitsumfelder und die Gesellschaft mal mehr und mal weniger gespalten. Je grundsätzlicher die Fragestellungen und Maßnahmen waren, desto tiefer wurden die Gräben zwischen den unterschiedlichen Positionen.

Und je grundsätzlicher und umfangreicher politische Entscheidungen sind, desto mehr Menschen sollten an diesen Entscheidungen beteiligt sein. So unser Selbstverständnis bei Mehr Demokratie. Also wäre die Ein- oder Nichteinführung einer Impfpflicht idealerweise Gegenstand einer Volksabstimmung, schließlich sind ja auch alle betroffen. Eine gesetzliche Impfpflicht ist eine Beeinträchtigung rechtlich und moralisch geschützter Güter. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper gehört zu den zentralen Errungenschaften der Demokratie- und Freiheitsgeschichte.

Deshalb müssen in der Debatte um eine Impfpflicht, sowohl rechtliche und medizinische als auch ethische Argumente für und gegen eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht gründlich abgewogen werden. Laut Deutschem Ethikrat sind ethische Grundsätze von besonderer Relevanz, wie unter anderem die Freiheit, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die Nichtschädigung und der Integritätsschutz, die Gerechtigkeit und Rechtsgleichheit, die Solidarität und Nachhaltigkeit sowie die Folgenverantwortung. Deshalb muss über Sinn oder Unsinn einer Impfpflicht sorgsam entschieden werden.

Eine Volksabstimmung wird es aber in Deutschland nicht geben, denn dazu fehlt uns noch die Regelung. Immerhin genehmigt sich der Bundestag eine „freie“ von der Fraktionsdisziplin unabhängige Entscheidung. Sehr löblich und sicher die erste Sternstunde in dieser Wahlperiode.

Aber wer könnte die politischen Entscheidungsträger hilfreicher beraten als die Bürger und Bürgerinnen in einem gelosten Bürgerrat? Wer wäre gespannter auf die Empfehlungen als die Öffentlichkeit? Wer könnte einen besseren Beitrag zur Überwindung der Spaltung leisten?

Es ist davon auszugehen, dass eine Impfpflicht erst für die nächste Welle im Herbst dieses Jahres greifen würde. Die Einberufung eines Bürgerrats durch den Bundestag ist also jetzt noch möglich und sinnvoll. Der Bundestag oder Ältestenrat müsste dies mit einem Beschluss auf den Weg bringen. Dann könnte innerhalb von drei Monaten der Bürgerrat eingesetzt werden. Nach einem konkreten Vorschlag von Mehr Demokratie könnte dieser in fünf Sitzungen (zum Teil online, zum Teil in Präsenztreffen) seine Empfehlungen erarbeiten. Anfang Juni 2022 könnten die Ergebnisse auf dem Tisch liegen und der Bundestag könnte noch vor der Sommerpause seine Beschlüsse fassen.

In einem Bürgerrat könnten per Losverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger den Querschnitt der in der Gesellschaft herrschenden Meinungen abbilden. Ein Bürgerrat könnte Empfehlungen zur Gestaltung und Umsetzung einer Impfpflicht diskutieren und entwickeln. Für einen faktenbasierten Diskurs ist eine solide und seriöse Informationsbasis unbedingte Voraussetzung. Dazu könnten in einem Expertengremium beispielsweise zwei Mitglieder des Deutschen Ethikrates, die für eine allgemeine Impfpflicht votiert haben, sowie zwei Mitglieder des Deutschen Ethikrates, die sich gegen eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen haben vertreten sein. Ebenso ein Christian Drosten und ein Henrik Streeck (beides Mitglieder des Expertengremiums der Bundesregierung), ein Thomas Mertens von der STIKO, ein Vertreter des DIVI, Vertretungen der Pflegeberufe, der Ärzte und von Gruppen, die bisher nicht für eine Impfung erreicht wurden. Die Öffentlichkeit könnte den Diskurs begleiten und beobachten.

Am Ende stehen eine Reihe von Empfehlungen und Vorschlägen für den politischen Diskurs, vielleicht tragbare Lösungen, die in der Gesellschaft mehrheitsfähig wären. In jedem Fall wäre ein Bürgerrat ein hilfreicher Beitrag, um gesellschaftliche Gräben zu überbrücken statt sie zu vertiefen. Kurzum – ein Bürgerrat in dieser Krise wäre eine Chance für die Demokratie! /



**Claudine Nierth**  
Bundeschäftspräsidentin von  
Mehr Demokratie.

# Direkte Demokratie in den Ländern: Im Grunde für die Klimawende

Ein Überblick von Anselm Renn

**B**is 2021 haben sich insgesamt fast 400-mal in den Bundesländern politische Initiativen gegründet und Politik von unten angeschoben. 71 dieser Initiativen waren Umweltschutz-Volksbegehren. In den letzten 10 Jahren waren es sogar 39 Initiativen, die einen umweltpolitischen Fokus hatten. In den Jahren 2020 und 2021 gehörte „Umweltschutz“ mit 27 Prozent der eingeleiteten Verfahren neben „Soziales“ zu den beiden Schwerpunktthemen.

## Die Tendenz wird also zum Trend

Aber wie stellt man eigentlich fest, ob ein Begehren für oder gegen Umweltschutz ausgeht? Wir haben die Verfahren einerseits nach Zielrichtung und andererseits nach dem tatsächlichen Ergebnis ausgewertet. Konkret: Schiebt ein Volksbegehren den frühzeitigen

Ausstieg aus der Steinkohle an oder setzt sich für besseren Natur- und Artenschutz ein, zählt das Begehren zu der Kategorie „Mehr Umweltschutz“, da es klar einen positiven Effekt auf die Natur hat. Als „Etwas mehr Umweltschutz“ zählen Begehren, die sich z.B. für ein strengeres Nachtflugverbot einsetzen. Es ergeben sich nur mittelbar positive Umwelteffekte durch weniger Flugverkehr. Als „Etwas weniger Umweltschutz“ haben wir Begehren codiert, die z.B. einen Autobahnausbau im ländlichen Raum zur Verbesserung der Infrastruktur und Belebung der Wirtschaft zum Ziel haben, da diese Begehren nur „um die Ecke“ negative Umwelteffekte haben. Für „Weniger Umweltschutz“ stehen Volksbegehren, die sich z.B. klar gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien einsetzen (z.B. durch die Ver-

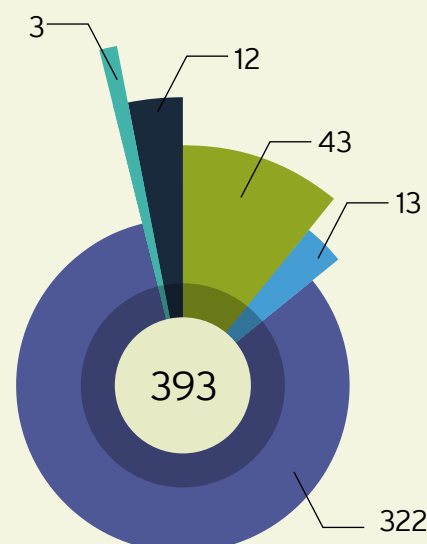
schärfung von Restriktionen zum Bau von Windkraftanlagen).

Das Ergebnis unserer Auswertung ist deutlich: Fast 80 Prozent aller direktdemokratischen Verfahren mit Umweltschutz als Thema hatten auch mehr Umweltschutz als Ziel, etwa 20 Prozent haben weniger Umweltschutz als Ziel. Es gab deutlich mehr erfolgreiche Vorlagen, die auf mehr Umweltschutz zielten, als erfolgreiche Vorlagen, die auf weniger Umweltschutz zielten.

In anderen Worten: Die Tendenz wird langsam zum Trend. Direkte Demokratie wird auch auf Länderebene ein immer größerer Faktor im Umweltschutz - und das, obwohl die meisten Umweltgesetze auf Bundesebene gemacht werden und in der öffentlichen Wahrnehmung die Verhinderung von Umweltschutzmaßnahmen oft im Vordergrund steht. ▶

## Anzahl der Umweltschutz-Verfahren nach Zielrichtung

- **Mehr Umweltschutz**  
Positive Umweltschutzeffekte
- **Etwas mehr Umweltschutz**  
Geringfügige positive Umweltschutzeffekte vorhanden, aber der Umweltschutz steht nicht im Mittelpunkt des Anliegens.
- **Neutral**  
Keine oder neutrale Umweltschutzeffekte
- **Etwas weniger Umweltschutz**  
Geringfügige negative Umweltschutzeffekte vorhanden, aber der Umweltschutz steht nicht im Mittelpunkt des Anliegens
- **Weniger Umweltschutz**  
Negative Umweltschutzeffekte





Der neue Volksbegehrensbericht listet 393 Verfahren auf. Aber diese Politikimpulse von unten sind mitnichten gleichmäßig auf das Bundesgebiet verteilt. Jedes Bundesland hat eigene Regeln für direkte Demokratie – mit höchst unterschiedlichen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger, die direktdemokratische Instrumente nutzen wollen. In allen Bundesländern können Bürgerinnen und Bürger zwar Initiativen starten, oft wird es der Bevölkerung aber unnötig schwer gemacht, sich einzubringen. Direkt-demokratische Politik wird oft dort erfolgreich genutzt, wo gute Regelungen auf lange Erfahrungen mit dem Instrument treffen. Man kann also sagen: Mehr Praxis führt zu mehr Praxis. Auch die Lebendigkeit der politischen Kultur spielt eine wesentliche Rolle. Ob sich jedoch überhaupt direktdemokratische Praxis in einem Bundesland entwickeln kann, hängt zunächst von der örtlichen Gesetzeslage ab.



[www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht](http://www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht)

Unser Fazit: Im Grunde fördern direktdemokratische Verfahren also den Klimaschutz. Für mehr Details schauen Sie gerne direkt in unsere gerade erschienenen Volksbegehrensbericht 2021. er ist unter [www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht](http://www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht) abrufbar. /



**Anselm Renn**  
Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie.



## Wahlrechtsreform: Von der langen Bank auf den Verhandlungstisch

**M**ehr Demokratie hat am 11. Februar die Unterschriften von 93.850 Bürgerinnen und Bürgern für eine Wahlrechtsreform an das Bundestagspräsidium überreicht. Unter dem Motto „Von XXL zurück auf L!“ fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, den Bundestag wieder auf maximal 598 Sitze zu verkleinern. Weitere Forderungen sind die Absenkung der Sperrklausel auf 3 Prozent, die Einführung einer Enthaltung („Proteststimme“) und das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 sowie für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

„Die Wahlrechtsreform muss endlich von der langen Bank auf den Verhandlungstisch geholt werden“, erklärt Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie. „Seit Jahren schieben die Parteien eine Reform vor sich her. Es bestärkt uns, dass Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eine Wahlrechtsreform ebenfalls ganz oben auf der Agenda des Bundestags sieht.“

Die Übergabe der Unterschriften fand am Rande eines intensiven und wohlwollenden Gesprächs über verschiedene Demokratie-Themen statt. /

### HINTERGRUND



#### FAQ Reform des Bundestagswahlrechts

[www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-10-26\\_FAQ\\_Bundestagswahlrecht\\_.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-10-26_FAQ_Bundestagswahlrecht_.pdf)



#### Muster-Stimmzettel

[www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-10-27\\_Wahlrechtsreform\\_Stimmzettel\\_2.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-10-27_Wahlrechtsreform_Stimmzettel_2.pdf)



#### Alle Wahlrechts-Forderungen von Mehr Demokratie

[www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen17\\_Reform\\_Bundestagswahlrecht.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen17_Reform_Bundestagswahlrecht.pdf)

# Von der Politik des Gehörtwerdens zur Politik des Mitwirkens

Eine Einschätzung aus Baden-Württemberg von Sarah Händel

**L**eidvoll errungen durch den Konflikt um den Stuttgarter Bahnhof, existiert in Baden-Württemberg was an anderen Stellen in der Republik noch fehlt: das Bewusstsein über die Ausgestaltung der Demokratie nachdenken zu müssen. Unter der ersten grün-geführten Landesregierung wurde dazu 2011 die Stabsstelle für Bürgerbeteiligung eingerichtet, maßgeblich geprägt von Staatsrätin Gisela Erler und der Politik des Gehörtwerdens. Nun folgt ihr nach 10 Jahren Barbara Bosch als oberste Bürgerbeteiligterin des Landes nach und die Politik des Gehörtwerdens wandelt sich zu einer Politik des Mitwirkens. Was versteckt sich hinter dieser neuen Nuance?

Die Entwicklung in Baden-Württemberg spiegelt ganz gut den allgemeinen Zeitgeist wider: Zunächst gab es eine Aufbruchstimmung und die Bereitschaft, die Bevölkerung auf ganzer Linie mehr zu beteiligen, auch mittels verbindlichen direktdemokratischen Entscheidungen. Gleichzeitig wurden Verwaltungsvorschriften zur frühen Beteiligung festgelegt, Netzwerke aufgebaut, Akzente durch Beispielprozesse gesetzt und die dialogische Beteiligung ausgebaut, mit einem frühen Fokus auf Bürgerforen mit Zufallsbürgern.

## Die Entwicklung in Baden-Württemberg spiegelt ganz gut den allgemeinen Zeitgeist wider.

Doch die Harmonie der vielen Wege währte nicht allzu lange. Zunächst jagte der Brexit vielen Menschen einen nachhaltigen Schrecken ein, der dann noch getoppt wurde durch die Wahl Trumps. Ein Ereignis, das uns allen die Folgen gesellschaftlicher Polarisierung schonungslos vor Augen führte. Dazu kamen einige schwierige Erfahrungen in Baden-Württemberg selbst. Zum Beispiel rund um einen neuen Nationalpark im Nordschwarzwald. Gegen eine auf Landesebene angesiedelte Frage wurde mit völlig fehlgeleiteten Erwartungen lokale Bürgerentscheide ins Feld geführt. Auch der erste Versuch zum Thema gebührenfreie Kitas einen landesweiten Volksentscheid herbeizuführen endete unbefriedigend vor dem Verfassungsgerichtshof. Die Möglichkeit zu etablieren, dass Volk über Fragen mit großer finanzieller Reichweite abstimmen zu lassen, war vielen vor allem aus der CDU dann doch zu weitgehend.

Aus dieser Zeit wurden mehrere Lehren gezogen:

1. Bürgerbeteiligung braucht ein hochgradig vorsichtiges Erwartungsmanagement
2. Beteiligung heute muss möglichst viele Gruppen und Stimmen integrieren, und
3. Prozesse der direkten Demokratie sind wegen ihrer weitgehenden Unkontrollierbarkeit als nicht zu unterschätzendes Risiko zu sehen.

Vor diesem Hintergrund ist die neue Agenda der Politik des Mitwirkens einzuordnen. Sie will von der Absicht her nichts zurückdrehen, sondern Verfahren verfeinern und mehr Kontrolle gewinnen, um eine Mindestqualität der demokratischen Debatte zu sichern.

So steht im Koalitionsvertrag, dass es auf Landesebene die Möglichkeit geben soll, nach einem erfolgreichen Volksantrag (40.000 Unterschriften) zunächst einen Bürgerrat mit ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern stattfinden zu lassen. Dieser kann den Vorschlag der Initiative bearbeiten und den weiteren Prozess damit qualitativ prägen. Danach kann dann immer noch ein landesweites Volksbegehren angestrebt werden. Generell ist im Koalitionsvertrag angekün- ▶

dig, zu allen wichtigen Gesetzentwürfen der Landesregierung Bürgerräte einzusetzen. Auch auf lokaler Ebene gibt es Bestrebungen, die direkte Demokratie mit dialogischer Beteiligung zu verknüpfen. Dialog soll künftig vor Bürgerent-

### Was es jetzt für die Verwaltungen im ganzen Land bräuchte, ist eine Befähigungsinitiative der Extraklasse für mehr Bürgerbeteiligung.

scheiden stehen, mit dem Ziel, die Polarisierung abzumildern. Wie genau diese Verknüpfung ausgestaltet werden kann, ist bisher aber noch völlig unklar. Weiter soll bei Bürgerentscheiden ermöglicht werden, auch über alternative Lösungen abzustimmen.

Die Ziele hinter diesen Vorhaben sind auch aus Sicht von Mehr Demokra-

tie unterstützenswert, die Ausgestaltung sollte aber unbedingt die nötigen Voraussetzungen mitdenken.

Denn gute Beteiligung muss sich heute angesichts eines zusätzlichen Konflikts bewähren: Jetzt, da der Druck steigt, Maßnahmen für den ökologischen Wandel zu ergreifen, steigt auch die Ungeduld, die selben grundsätzlichen Fragen immer wieder vor Ort diskutieren zu müssen. Es lässt sich eine Tendenz beobachten, Beteiligung als zu langwierig zu sehen. Einzelne ablehnende Bürgerentscheide werden zunehmend als egoistisch-motivierte Bremsklötze bewertet und genutzt, um die direkte Demokratie an sich in Frage zu stellen.

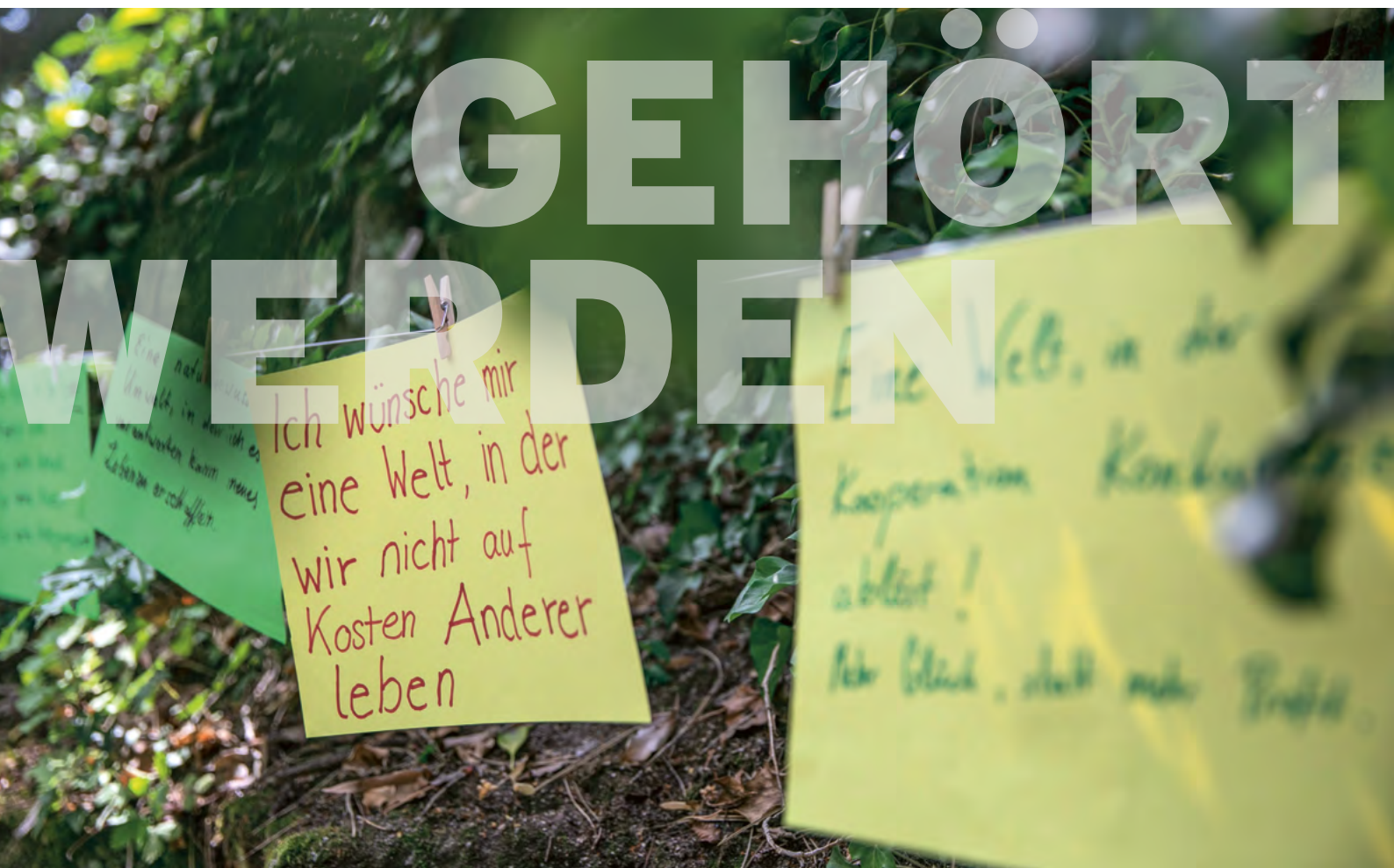
Es ist dabei durchaus legitim, zu überlegen, die Verfahren zur Festlegung von zum Beispiel Windkraftgebieten auf eine höhere Ebene zu ziehen, um nicht auf jede Kommune warten zu müssen. Es gilt jedoch in Anbetracht dieser Tendenz sich über drei Dinge nicht zu täuschen:

1. Die Motivlage der Bevölkerung ist nicht so einfach und monolithisch wie

es scheint. Mehrheiten können sich gegen ein bestimmtes Projekt wie eine neue Stadtbahn oder den Bau einer Fabrik für Batterien für Elektroautos entscheiden, gerade weil ihnen eine nachhaltige Stadtentwicklung wichtig ist und das vorliegende Konzept sie nicht überzeugt.

2. Auch wenn auf höherer Ebene ein bestimmter Kurs (Energiewende) entschieden wurde, kommen wir nicht darum herum, lokal zu diskutieren wie wir dieses Ziel umsetzen. Denn dazu müssen die lokalen Potenziale und Interessen vor Ort erhoben und in einem fairen Prozess unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gegeneinander abgewogen werden.

3. Dass wir um die lokalen Diskussionen nicht herum kommen ist auch eine ungeheure Chance. Vor Ort kann anhand konkreter Themen die Notwendigkeit des Wandels bewusst gemacht werden. Gleichzeitig können wir in großem Stil vielfach vorhandene lokale Ressourcen aktive-





Die neue Staatsrätin für Bürgerbeteiligung Barbara Bosch.

ren und eine neue Lust entstehen lassen, den Klimawandel zu gestalten und dabei als Gemeinschaft neue Selbstwirksamkeit zu erfahren.

## Die Politik des Mitwirkens will von der Absicht her nichts zurückdrehen, sondern Verfahren verfeinern und mehr Kontrolle gewinnen, um eine Mindestqualität der demokratischen Debatte zu sichern.

Und damit sind wir bei den Voraussetzungen, dafür Beteiligung und eine zeitnahe Klimawende unter eine Hut zu bringen: Was es jetzt für die Verwaltungen im ganzen Land bräuchte, ist eine Befähigungsinitiative der Extraklasse für mehr Bürgerbeteiligung. Denn es sind die Verwaltungen in jeder einzelnen Kommune, die in den nächsten Jahren die Fähigkeit haben müssen, umfassende Beteiligungsprozesse zur ökologischen Umgestaltung vor Ort klug zu pla-

nen und umzusetzen. Nur die Verwaltungen haben den nötigen Zugang zum Wissen über die Gegebenheiten vor Ort, das nötige Personal und die nötige Zeit, die das erfordert. Jetzt fehlt „nur noch“ die innere Motivation und das nötige Prozesswissen, zu dem auch die bisher kaum genutzte Möglichkeitswelt digitaler Beteiligung gehören muss.

Die Einsicht in diese Notwendigkeit ist der blinde Fleck, der sonst in ihren Zielen zu unterstützenden Politik des Mitwirkens. Ohne den aktivierenden Fokus auf die Verwaltungen werden wir in Zukunft immer öfter und immer schneller in Blockaden hineinlaufen. Das zeigt sich auch in der Beratungsarbeit von Mehr Demokratie immer deutlicher. Bürgerinitiativen melden sich und wollen ein Bürgerbegehren gegen dieses oder jenes Gewerbegebiet starten und 30 Minuten später ist klar: Es geht eigentlich um das größere Ganze, um das jahrelange Übergangen werden, um den immer mächtiger werden den Interessenkonflikt zwischen Umwelt und Wirtschaft und um die Möglichkeit überhaupt Wünsche bei der Entwicklung einer größeren Vision für den eigenen Ort hörbar zu machen. Die Bürgerinitiativen können dann zwar versuchen, den jetzt notwendigen Prozess einer umfassenderen Bürgerbeteiligung anzustoßen, sie sind aber bei al-

len weiteren Schritten auf eine willige und fähige Verwaltung angewiesen.

Statt es sich leicht zu machen und die Realität aufeinanderprallender Interessen der direkten Demokratie zuzuschreiben, sollten wir dringend an unseren gesellschaftlichen Fähigkeit arbeiten, alle Wege der Beteiligung, Mitsprache und Aktivierung so zu nutzen, dass sie sich sinnvoll ergänzen. Zum Beispiel so ...

### Klimawende - Top die Wette gilt!

Zur selben Zeit findet in jeder Kommune ein Bürgerentscheid dazu statt, welchen Beitrag diese spezielle Kommunen zur Klimawende leisten kann. Jede Gemeinde hat zuvor ein Jahr Zeit, analoge und digitale Prozesse der Beteiligung auf die Beine zu stellen, die das konkrete Potenzial jeder Kommune erkunden. Dann erstellt sie unter Einbeziehung möglichst vieler Menschen einen Zukunftsplan zur ökologischen Nachhaltigkeit. Es folgen umfassende Informationsveranstaltungen und kreative Formate, die diese „andere Zukunft“ nahbar und fühlbar machen - und schließlich wird per Bürgerentscheid abgestimmt. Für die Prozesse vor Ort bekommen die Kommunen alle nötige Unterstützung und werden auf Landesebene von einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne flankiert, die das große Ganze im Blick hat und grundlegende Informationen aufarbeitet.

So einen Beteiligungspfad vorzuziehen, könnte eine ungeheure Dynamik auslösen und dabei klar machen: umfassende Bürgerbeteiligung und der ökologische Wandel müssen sich nicht entgegen stehen - wenn wir den richtigen Rahmen dafür setzen, befeuern sie sich gegenseitig. /



Sarah Händel  
Mitglied des Bundesvorstands.

# Bundesverdienstkreuz für Angelika Gardiner

„Wenn du mit irgendwas nicht einverstanden bist, dann ändere es.“

**D**as Engagement für Gleichberechtigung, Menschen- und Bürgerrechte prägt das Leben der am 30.09.1941 in München als Angelika Sirtl geborenen Journalistin und Demokratie-Aktivistin. Für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement im Bereich der direkten Demokratie erhielt Angelika Gardiner auf Vorschlag des Präsidenten des Hamburger Senats an ihrem 80. Geburtstag, dem 30.9.2021, das Bundesverdienstkreuz am Bande.

In ihrer Dankesrede erzählt sie: „Als ich das Schreiben der Senatskanzlei bekam, in dem es hieß, der Bundespräsident habe mir das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen, musste ich den Brief erst ungefähr fünfmal lesen, bevor ich den Inhalt wirklich erfasste. Seitdem bin ich fast pausenlos gerührt und überwältigt: Wieso ich? Ich habe

doch bloß getan, was ich immer getan habe. Ich kann mir gar nicht vorstellen, nicht aktiv zu sein. Aber mir ist auch klar, dass ich hier auch stellvertretend für viele stehe, denen ich zu danken habe ... Wie pflegte meine Mutter zu sagen: „Wenn du mit irgendwas nicht einverstanden bist, dann ändere es. Wenn du das nicht wenigstens versuchst, dann ist es dir nicht wichtig genug. Und wenn du es allein nicht schaffst - dann suche dir Menschen, die ähnliche Ziele haben.“

## **Über ihr Engagement für Mehr Demokratie berichtet sie aus den Anfängen:**

„Frauenrechte, Menschenrecht, Bürgerrechte - das hat mich dann fast zwangsläufig zu Mehr Demokratie geführt. Ich war von Anfang an dabei und habe sogar noch eine Urkunde als Mitglied Nr. 18 im

Hamburger Landesverband. Manfred Brandt wollte mich damals als Pressesprecherin gewinnen, was ich ablehnte. Ich hatte genug zu tun. Doch ich ging gern mit zum Unterschriften sammeln. Es war der holprige Beginn einer langen, erfolgreichen und oft vergnüglichen Zeit als Team, das sich hervorragend ergänzte. Vor allem bei den Kämpfen um ein neues, demokratischeres Wahlrecht für Hamburg entwickelte Manfred ungewöhnliche, zum Teil verrückte Aktionen - und ich trug sie in die Welt hinaus als Texte, in denen ich erklärte, worum es ging. Insofern kann ich sagen, ein Teil der Auszeichnung - und kein ganz kleiner - gebührt auch ihm.“ Manfred Brandt war es denn auch, der den Vorschlag an den Hamburger Senat gemacht und begründet hat.

In seiner Laudatio erzählt Karl-Martin Hentschel, der den Mehr Demokratie-Bundesvorstand bei der Verleihung in Hamburg vertritt, die Geschichte der ersten Begegnung so:

„Angelika kam 1980 nach Hamburg und stellte entsetzt fest, dass es in dieser Stadt der Pfeffersäcke, die immer mit den Werten ‚liberal, weltoffen und demokratisch‘ warb, noch nicht mal Volksentscheide gab. So kam sie zu uns - also dem Verein Mehr Demokratie - und sammelte Unterschriften und schrieb viele, viele Preetexte und Kommentare - übrigens erfolgreich, wie hier sicherlich alle wissen. Man kann also mit Fug und Recht sagen, dass Angelika es war, die die wirkliche Demokratie des antiken Athen (Anmerkung: Die „wirkliche Demokratie“ des antiken Athen beruhte auf dem zufälligen Losverfahren...) erst nach Hamburg gebracht hat. Auch dafür vielen Dank!

Als sie sich bei Mehr Demokratie vorstellte, sagte sie, sie komme von der Deckel-Initiative. Wieder so ein Wort. Was ist denn das, fragten ihre Mitstreiter. Na ja - sagte sie, ich wohne im schönen Bahrenfeld - und da haben sie eine Autobahn quer durch die Stadt gebaut. Wir fordern, dass die Autobahn einen Deckel bekommt, damit wir wieder Ruhe haben. Na so eine komische Idee





**„Wieso ich? Ich habe doch bloß getan, was ich immer getan habe. Ich kann mir gar nicht vorstellen, nicht aktiv zu sein.“**

Angelika Gardiner



- wer hat denn so einen Unsinn schon mal gehört, sagten ihre Mitstreiter. Das ist doch absurd - eine Autobahn mit Deckel? Aber - wie Ihr alle wisst - die Zeiten ändern sich, die Parteien im Senat wechseln. Aber am Schluss siegt, wer Ausdauer hat. Angelika hat gesiegt. Der Deckel ist bald fertig - nach 35 Jahren ausdauernder politischer Arbeit. Endlich kann Angelika die Ruhe in ihrem Garten genießen.“

Für den Hamburger Landesverband war sie fast 20 Jahre lang im Vorstand und verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Als Mitinitiatorin und Vertrauensperson brachte sie Volksinitiativen zur Reform des Wahlrechts und der Volksgesetzgebung voran. 2004 wurde in Hamburg per Volksentscheid eine grundlegende Reform des Landes- und Kommunalwahlrechts beschlossen.

2007 erzielte eine Volksinitiative durch Einigung mit der Bürgerschaft bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Hamburgerinnen und Hamburger.

„Wir freuen uns sehr, dass mit Angelika Gardiner nun schon zum dritten Mal eine herausragende Persönlichkeit aus den Reihen von Mehr Demokratie ein Bundesverdienstkreuz verliehen bekommt“, erklärt Karl-Martin Hentschel für den Bundesvorstand. „Die Demokratie lebt von der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Insofern ist es nur konsequent, dass Angelika Gardiners jahrzehntelanges Engagement für faires Wahlrecht und direkte Demokratie vom Bundespräsidenten gewürdigt wird.“

Der Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel ist es, der Angelika Gardiner die Urkunde überreicht. Er betont in seiner Rede einen weiteren wesentli-

chen Aspekt ihres Engagements: „Wichtig war ihr dabei immer, der gegenseitige Respekt. Diskurs auf Augenhöhe und respektvoll. Passend dazu ein Zitat von Walter Scheel: ‚Demokratisch ist es, dem anderen zuzuhören, seine Meinung zu erwägen, das, was einem selbst einleuchtet, zu akzeptieren und gegen das übrige, unter ständiger Wahrung des Respektes vor der Person des anderen, seine Gegenargumente hervorzubringen.‘ (Bundespräsident Walter Scheel, 1919-2016). Das ist aktuell und wichtig, wie nie zuvor. Ebenso, wie der unermüdliche und ehrenamtliche Einsatz für die demokratische Mitwirkungsrechte, Gleichberechtigung und respektvollen Umgang, für den ihr politisches Wirken steht.“

Herzliche Glückwünsche an unsere Weggefährtin Angelika Gardiner auch von uns auf diesem Weg! /

# CLEVER DURCH DIGITAL

von Simon Strohmenger



## Für eine bürgernahe Stadt rückt ein alter Ausspruch wieder in den Mittelpunkt: Wissen ist Macht! Mit der Digitalisierung ist es so einfach wie nie, Wissen zu erzeugen und dies allen zur Verfügung zu stellen.

**W**erden wir in naher Zukunft in futuristischen Städten leben mit Flugtaxis und autonomen Verkehr? In sauberen und grünen Straßen fernab jeglicher Kriminalität? Wahrscheinlich nicht. Dennoch gibt es auf kommunaler Ebene kaum etwas, das inflationärer benutzt wird und mit so vielen Hoffnungen besetzt ist, wie der Begriff „Smart City“ (ursprüngliche Bedeutung von smart: clever, jetzt digital). Alleine in den letzten drei Jahren wurden 800 Millionen Euro Bundesmittel in 71 Kommunen investiert, die als Modellprojekte das Stadtleben der Zukunft erproben sollen.

Damit soll zum einen dem Megatrend „Digitalisierung“ Rechnung getragen werden, der alle unsere Lebensbereiche mehr und mehr beeinflusst. Zum anderen steht hinter dem Konzept die Hoffnung, den Krisen, wie Klimawandel, Verkehrskollaps und Wohnungsnot, mit modernster Technologie gegenzusteuern.

Dafür sollen Daten und Algorithmen (Künstliche Intelligenz) z.B. unsere personell ausgedünnten Verwaltungen effizienter und offener machen, Smarte Ampeln den Verkehr effektiver leiten, SmartMeter die Energieversorgung lenken und den Verbrauch senken, und smarte Kameras mit Gesichtserkennung sorgen für Sicherheit im öffentlichen Raum.

### Digital wird Real - wie Plattformen unsere Stadt beeinflussen

Dabei ist unsere Lebensrealität auch jetzt schon „smarter“ als uns gelegentlich bewusst ist. Denn schon durch unsere private Nutzung erobern digitale

Plattformen immer mehr unsere Welt. Unterwegs zu Kontakten, die wir über Facebook, Tinder oder Parship gefunden haben, nutzen wir vermehrt ShareNow oder Uber und orientieren uns dabei mit GoogleMaps. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, dass die Wege, die wir nehmen, unser Stadtbild beeinflussen. Denn ist es nicht auf Maps sichtbar, ist es nahezu nicht existent. Eine Umleitung von Fußgängern in eine andere Straße kann aber Geschäfte ruinieren und Mietpreise explodieren oder fallen lassen.

Dabei ist es ein Grundprinzip der GAFAM (Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft), ihren Nutzern eine Welt angepasst an ihren Vorlieben und Bedürfnissen zu präsentieren. Wir bewegen uns also alle in unserer eigenen digitalen Realität, die exakt auf uns zugeschnitten ist. Dementsprechend wird uns immer eine bestimmte Art sozialer Kontakte und Orte vorgeschlagen.

Städte waren jedoch immer Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Hier treffen unterschiedliche Gruppen mit verschiedenen Weltbildern zusammen, beeinflussen sich und bereichern so die Gesellschaft im Gesamten. Mit den oben genannten Entwicklungen droht aber eine verstärkte Segregation, wobei die ökonomisch schwächsten Gruppen dabei immer weiter aus dem Zentrum verdrängt werden. Die soziale Ungleichheit würde somit also nicht aufgelöst - eines der großen Versprechen der Digitalisierung - sondern weiter verstärkt.

Schauen wir etwas über den städtischen Tellerrand, sehen wir zudem die Gefahr der Kontrolle und Disziplinierung über eine ständige Datenerfassung. So

wohl der Weg der chinesischen Staatsüberwachung als auch der Überwachungskapitalismus schimmern schon durch die glänzende Fassade der neuen smarten Stadt.

Wollen wir diese aber bürgernah gestalten, braucht es ein digitales Recht auf die eigene Stadt. Es gilt also die Plattformen aus unseren Städten zu verbannen (und mit alternativen Angeboten zu ersetzen) oder sie zumindest strengeren Regulierungen zu unterstellen. Zusätzlich braucht es klare Vorgaben für unsere Kommunen. Denn nur wenn digitale Güter als Gemeingüter anerkannt werden und dementsprechend alle Codes, Algorithmen und Prozesse offengelegt, einsehbar und mitgestaltbar sind, können wir alle gemeinsam die technologische Entwicklung beeinflussen.

### Common City - digitale Stadt für alle

Sind diese grundlegenden Weichenstellungen gemacht, können wir die „Smart City“ neu denken, nämlich als eine „Common City“, die digitale Möglichkeiten in dem Sinne versteht, alle Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen und diese bürgernahe Kommune nachhaltig und lebenswert für alle zu gestalten.


Für eine bürgernahe Stadt rückt ein alter Ausspruch wieder in den Mittelpunkt: Wissen ist Macht! Mit der Digitalisierung ist es so einfach wie nie, Wissen zu erzeugen und dieses allen zur Verfügung zu stellen. Dafür muss aber die Abhängigkeit von den großen Technologiekonzernen gebrochen werden, die dies bisher massiv blockieren. Dabei sollte gelten: public money, public code! ▶

Was aus Steuermitteln finanziert wird, sollte auch allen zugänglich sein. Denn ein offener Quellcode gibt die Möglichkeit, die Software zu testen, an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen und zu erweitern. Ganz im Sinne der kollektiven Intelligenz.

Immer mehr Städte haben erkannt, dass dies sowohl Kosten einspart als auch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und gesellschaftliche Innovationen ermöglicht. Dennoch ist es oft nicht einfach, sich aus den Fängen der Big-Tech zu befreien (Log-in-Effekt). So ist beispielsweise Microsoft in deutschen Kommunen omnipräsent und bietet für die Verwaltung eine Komplettausstattung. Andere Systeme sind meist nicht kompatibel und ein Wechsel würde hohe Kosten verursachen. Dennoch verfolgen auch immer mehr deutsche Städte den OpenSource-Ansatz. So hat kürzlich Dortmund entschieden, komplett auf OpenSource umsteigen zu wollen. München will nach einigem hin und her auch wieder vermehrt auf OpenSource setzen. Und das „kleine“ Treuchtlingen - seit kurzem auch Mitglied bei Mehr Demokratie - fährt schon seit den 90ern umfänglich und sehr erfolgreich auf dieser Schiene.

Gerade in Zeiten, in denen digitale Instrumente und auch Künstliche Intelligenz (KI) in den öffentlichen Verwaltungen eine immer größere Rolle spielen, wird Transparenz immer wichtiger. Einer Black Box blindlings zu vertrauen, die wie von Zauberhand Ergebnisse auswirft, programmiert von Unternehmen, die ihrem Profit und nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sind, wäre demokratischer Selbstmord.

Zentraler Rohstoff der Digitalisierung und Basis der KI sind die Daten. Diese werden in Smart Cities ständig und fast überall gesammelt und bestenfalls in Echtzeit ausgewertet. Aber erst wenn Akteure aus der Zivilgesellschaft,



**Die Digitalisierung kann nämlich nicht nur vereinzeln, sondern auch Stimmen im Gewirr der Städte zusammenbringen, die sich sonst nicht finden würden.**

Forschung und Wirtschaft freien Zugriff darauf haben, kann die Digitalisierung ihre wahre Stärke entfalten. So können Daten beim Kampf gegen Krankheiten helfen und ebenso bei der Früherkennung einer Pandemie. In den Städten Taiwans konnten so alle digital nachvollziehen, wo noch Schutzmasken vorrätig waren und Apotheken sich bei Mangel gegenseitig aushelfen. Dank einer App, die selbstorganisiert programmiert wurde und die offene Daten nutzte.

Als Vorbild weltweit gilt Barcelona, wo versucht wird den Weg zu einer Common City zu gehen. Ziel ist es dabei, die Daten gemeinschaftlich zu besitzen und selbst zu entscheiden, welche Daten wie genutzt werden dürfen. Damit würde sowohl dem Milliardengeschäft Big Data ein Riegel vorgeschoben als auch ein übergreifiger Überwachungsstaat verhindert.

An dieser Stelle entstehen aber erst die Potenziale, die es nun zu nutzen gilt. So konnten in Barcelona tausende Bürger und Bürgerinnen aktiviert werden, ihre Stadt mitzugestalten. Ebenso in Madrid. Dort sind mehr als 500.000 Menschen auf der städtischen Beteiligungsplattform „Consul“ angemeldet und es gab Beteiligungsprozesse mit hunderttausenden Menschen.

### Die Utopie ist real - nur nicht überall

Die Digitalisierung kann nämlich nicht nur vereinzeln, sondern auch Stimmen im Gewirr der Städte zusammenbringen, die sich sonst nicht finden würden. Und sie kann einzelne Stimmen immer lauter werden lassen. So hat in Madrid eine Bürgerin über Consul das Projekt „Ein Ticket für alle Verkehrsmittel“ angestoßen, das vorher nie eine Mehrheit im Stadtrat gefunden hatte. Ihre Idee wurde erst von Zehntausenden unterstützt und erhielt bei der anschließenden Abstimmung eine Mehrheit von mehr als 90 Prozent.



#### WEITERE INFOS



**Mönchengladbach (Consul)**  
[mitmachen.moenchengladbach.de](http://mitmachen.moenchengladbach.de)



**Hamburg (Transparenzportal)**  
[transparenz.hamburg.de](http://transparenz.hamburg.de)



**Madrid (consul)**  
[decide.madrid.es](http://decide.madrid.es)



**Barcelona (Daten-projekt)**  
[ajuntament.barcelona.cat/imi/en/projects/decode](http://ajuntament.barcelona.cat/imi/en/projects/decode)

#### LITERATUR



**Francesca Bria, Evgeny Morozov: Smart Stadt neu denken, 2019**  
[www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Die\\_smartestadt\\_neu\\_denken\\_01.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Die_smartestadt_neu_denken_01.pdf)

**Sybille Bauriedl, Anke Strüver, 2019: Smart City-Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten**

Diese Beispiele zeigen, was wir erreichen können, wenn wir die Digitalisierung als Hilfsmittel sehen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Überall auf der Welt gibt es Orte, die sich von der Macht der Big-Tech lösen und einen anderen Politikstil einführen wollen. Allein Consul wird mittlerweile von mehr als 200 Städten weltweit genutzt. Auch in Deutschland wächst die Consul-Community immer stärker. Inzwischen sind es mehr als 20 große und kleinere Kommunen. Zudem haben wir in Deutschland mit Hamburg eine Stadt, die mit ihrer Transparenzplattform international Maßstäbe gesetzt hat und auch vielen Kommunen bundesweit als Vorbild gilt. Vor einigen Monaten wurde auch in Schleswig-Holstein ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das ein starkes Augenmerk auf offene Daten, die Transparenz von Algorithmen und die Regulierung von KI legt.

Selbst in den anfänglich erwähnten Förderprogrammen ist mittlerweile OpenSource als wichtiger Baustein aufgenommen. Demnach sollten mehr als 70 Kommunen jetzt einen Schwerpunkt darauf legen. Diese Pflänzchen, die vermehrt zu blühen beginnen, gilt es nun zu pflegen und zu stärken. Unsere Städte werden das Feld sein, auf dem sich der weitere Verlauf der Digitalisierung mitentscheidet. Mit einer aktiven Zivilgesellschaft, Informationskampagnen und mit Hilfe der direkten Demokratie können wir viel erreichen. Erinnern wir uns, wie das Transparenzgesetz in Hamburg möglich wurde. Dank einer aktiven Zivilgesellschaft und einer Volksinitiative! /



**Simon Strohmerger**  
 Projektleiter Consul.



# Demokratie vollständiger denken

Wie wir Erkenntnisse über Resonanz,  
Schwingung und Emotionen für unsere  
politische Arbeit nutzen können

von Anne Dänner

Ich möchte Sie gerne auf eine kleine Entdeckungsreise mitnehmen. Wir machen einen Ausflug in eine Welt, die wir bei Mehr Demokratie (noch) nicht häufig betreten und bearbeiten: Die Welt der Gefühle, der Resonanz, des Unterbewusstseins, der Zu- und Abneigungen. Allgemeiner gesagt: Eine Reise in die Innenräume der Demokratie.

### Resonanz und Demokratie

Die Journalistin und Autorin Ute Scheub erklärt in ihrem für Mehr Demokratie geschriebenen Büchlein „Demokratie - Die Unvollendete“ unsere Interaktionen im politischen Feld über Musik-Vergleiche. „Demokratie ist Musik mit anderen Mitteln“, sagt sie und beschreibt die Demokratie als einen gemeinsamen Klangkörper, bei dem es im Grunde darum geht, verschiedene Stimmen miteinander in Einklang zu bringen. Harmonie ist bei Ute Scheub allerdings nicht zu verwechseln mit Eintönigkeit - es geht also niemals um das Ausschalten ungewohnter oder unangenehmer Stimmen, sondern eher um den Versuch, einander zu hören und sich anzunähern.

Scheub stützt sich bei ihren Ausführungen u.a. auf den prominenten Soziologen und Politikwissenschaftler Hartmut Rosa. Mit seinem Buch „Resonanz“ hat er die Idee von einem gelingenden Leben als interaktives und dialogisches Verbundesein von Menschen untereinander und zur Welt bekannt gemacht. Wie bringt uns diese Vorstellung in der Demokratie-Arbeit weiter? Rosa beschreibt den Kern des Politischen aktuell als geprägt von Feindschaft, Gegensatz und Machtkampf. Ein Konsens wird in der Regel nur als Verschleierung unterschiedlicher Interessen gesehen, nicht als ein echtes Aufeinander-Zugehen. Doch die Art unseres Weltbezugs kann auch anders sein als zurückweisend oder indifferent gegenüber anderen Positionen. Eine resonante Politik würde bedeuten: Es geht nicht um die Frage „Wer bestimmt ...?“ (Personalien), sondern um die Frage „Wie wollen wir unsere Welt gestalten?“ (Sachfragen). Der Kern des Politischen wäre dann nicht mehr der Machtkampf, sondern die gemeinsame Gestaltung, bei der in einer Demokratie alle eine gleichwertige Stimme haben.

### Voraussetzungen: Berührbarkeit, Zuwendung, Veränderbarkeit

Rosa beschreibt drei wichtige Merkmale eines resonanten Weltbezugs: 1. Wir müssen berührbar, „anrufbar“ sein: Im normalen Abarbeitungs-Modus können und wollen wir keine neuen Impulse von außen aufnehmen. 2. Resonanz bedeutet, dem anderen entgegenzugehen, zu antworten, sich emotional auf etwas einzulassen. Ich bewege mich und bin nicht fixiert und erfahre dabei Selbstwirksamkeit und Kontakt. 3. Durch Resonanz werden alle Beteiligten verändert, es kann etwas Neues entstehen.

Kommt Ihnen das aus ihrem Leben und Arbeiten bekannt vor? Das Resonanzkonzept hat starke Berührungspunkte mit der Arbeit von Mehr Demokratie. Ganz praktisch schafft der Verein Verfahren und Räume, die den Austausch ermöglichen. Wir setzen auf Konzepte, die den Kampf durch das Gespräch und das Ringen um bessere Lösungen im Sinne des Gemeinwohls ersetzen.

Eine entscheidende Erkenntnis bei Rosa ist, dass sich Resonanz nicht erzwingen lässt. Man kann günstige Bedingungen schaffen, aber jede Art von Kontrollbedürfnis („Bei diesem Treffen muss xy herauskommen“) kann Resonanz sogar verhindern. Das gleiche gilt für Angst oder Wettbewerbssituationen. So betrachtet überrascht es nicht, dass aktuelle politischen Formate - etwa Plenardebatten oder Talkshows - viele Menschen eher unbefriedigt zurücklassen. Mehr Demokratie kann hier Denkanstöße liefern und Alternativen anbieten. Die gelosten Bürgerräte oder Online-Formate, in denen Abgeordnete mit Bürgerinnen und Bürgern zusammentreffen, sind erste Ansätze. Und auch direktdemokratische Initiativen, besonders die Gespräche mit ganz unterschiedlichen Menschen auf der Straße, funktionieren durch Resonanz.

### Fakten sind wichtig, aber nicht ausreichend

Die Frage „Wie kann Austausch und Kommunikation gelingen?“ steht für einen Verein wie Mehr Demokratie zwangsläufig im Zentrum der Arbeit. Denn Demokratie basiert auf Kommunikation, auf einer Verständigung gerade auch zwischen Nicht-Gleichgesinnten. Demokratie ist ein niemals endendes Gespräch. Nun könnte man es dabei bewenden lassen, Fakten mitzuteilen und zu analysieren und auf rein rationale Botschaften zu setzen - auch das wäre ja ein Gespräch. Meine Erfahrung ist allerdings, dass wir dabei an unsere Grenzen stoßen. Denn es genügt offenbar nicht, vernünftige Argumente zu haben, um jemanden von einer Idee zu überzeugen. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Ablehnung der direkten Demokratie noch immer mit der Angst vor Einführung der Todesstrafe, den „schlechten Weimarer Erfahrungen“ oder den angeblichen Volksabstimmungs-Erfolgen von radikalen politischen Strömungen begründet wird, obwohl all das durch Daten und Fakten widerlegbar ist? Offenbar spielen hier auch nicht offensichtliche Aspekte, kollektive Erzählungen, wahrscheinlich auch Traumata (also nicht-verarbeitete Negative Erlebnisse) und Ängste eine Rolle.

Phänomene, die nicht rein rational erklärbar sind, können jedoch unsere Arbeit nicht nur blockieren, sondern auch voranbringen, wenn wir es schaffen, emotionale Beziehungen und Dynamiken systematisch mit einzubeziehen. So haben wir im letzten Jahr in unserem neuen Bereich „Deepening Democracy“ mit Politikfeldaufstellungen hilfreiche Thesen und Erklärungsansätze über die Demokratie gewonnen. Teil- ▶

## EXKURS Resonanz und Schwingung: Mehr als esoterisches Geschwurbel?

Wer über Innenräume und Resonanz spricht, ist auch schnell bei Themen wie Aufeinander-Einstimmen oder Verbundenheit und damit in einem Bereich, der über unsere gewohnt rationalen Denkkategorien hinausgeht. Resonanz hat einerseits mit körperlichem Austausch, also z.B. Ton-Erzeugen und Gehört-Werden zu tun, kann darüber hinaus aber auch als innerliche Verbindung, eine Art Einklang oder gemeinsame Schwingung verstanden werden. Da allein beim Begriff „Schwingung“ häufig das Esoterik-Verdachts-Schwert gezogen wird, mache ich hier einen kleinen Abstecher in die Quantenphysik. Dabei stütze ich mich auf die allgemeinverständlichen Erklärungen des bekannten Astrophysikers, Naturphilosophen und Wissenschaftsjournalisten Harald Lesch. Der Satz „Alles schwingt“ trifft es demnach ganz gut.

Nach der Logik der Physik – so erklärt es Lesch in seinem Vortrag – müssten Atome und Materie nämlich eigentlich in sich zusammenfallen, da die Elektronen durch die Gravitation des viel schwereren Atomkerns quasi eingesogen werden müssten. Warum passiert das nicht? Lesch nennt hier einige für die Quantenphysik wichtige Erkenntnisse wichtig:

1. Planck/Einstein: Energie wird in Portionen/Quanten abgegeben und ist somit selbst eine Welle und keine Konstante. 2. Heisenberg: Die aller-kleinsten Teilchen können nicht beobachtet werden, ohne dass sie dadurch verändert werden. Denn das dazu nötige Licht würde durch seine Frequenz wiederum das Geschehen in den Atomen beeinflussen. 3. Einstein: Energie und Masse entsprechen einander. Offenbar ist es so, dass sich Teilchen/Materie auf der kleinsten Ebene zugleich verhalten wie Wellen. Sie schwingen, sind nicht genau lokalisierbar, sie sind zugleich Bewegung und Energie. Somit ist das, was wir im Atom messen, nur zu einem ganz kleinen Anteil Materie, der Rest ist Bindungsenergie – also beweglich, nicht klar fixierbar, bei Spaltung freisetzbar.

### Schwingung ist ein Grundprinzip unserer Existenz

In unserem Alltag erfahrbar erleben wir Schwingung zum Beispiel als Klang. Akustische Schwingung versetzt die Flüssigkeit in unserem Körper in Bewegung und beeinflusst bestimmte Areale im Gehirn. Klänge und Musik sind universell bedeutsam und verständlich. Seit Beginn der Menschheitsgeschichte erschaffen Menschen komplizierte

Muster aus Schallwellen. Was einem „gefällt“ und vertraut ist, ist natürlich kulturell und individuell erlernt. Bestimmte Klänge wirken trotzdem auf alle ähnlich, denken wir an Hilferufe, Gefahrensignale, Meeresrauschen, Kinderlachen. Klang funktioniert unabhängig von Sprache und Intellekt, selbst dann, wenn der Geist noch nicht oder nicht mehr so funktioniert wie wir es gewohnt sind. Klang und Musik bedienen offenbar uralte emotionale Bedürfnisse. Und es ist nachweisbar, dass sich Musik auf die Gehirnaktivität auswirkt, so ist z.B. beim Hören von „Lieblingsmusik“ das Belohnungszentrum im Gehirn aktiviert. Ihre positiven Auswirkungen werden daher mittlerweile auch medizinisch, therapeutisch, pädagogisch genutzt, etwa bei Entwicklungsverzögerungen von Kindern oder um demente Menschen zu erreichen. Und – hier wird es spannend für die Demokratiearbeit – Klänge können auch genutzt werden, um ein Gemeinschaftsgefühl und Gruppenenergie zu erzeugen (Konzerte, Hymnen, Demo-Slogans), um ein Gefühl der Verbundenheit und Ganzheitlichkeit zu schaffen oder eben auch, um aggressive oder angstvolle Stimmung zu erzeugen.

nehmerinnen und Teilnehmer repräsentierten dabei Elemente wie „die Wählenden“, „die Gewählten“, „Bürgerbeteiligungsverfahren“ etc., sprachen und bewegten sich stellvertretend für diese. Mit Hilfe dessen und durch ein neu entwickeltes Verfahren, bei dem ganz unterschiedliche Menschen an der Auswertung beteiligt waren, konnten wir vorher eher diffuse Wahrnehmungen in konkrete Thesen und Fragen fassen. Eine Erkenntnis war beispielsweise: „Könnte es sein, dass auch wir als Zivilgesellschaft zur aktuellen Starre im System beitragen, indem wir schlecht über die Politikerinnen und Politiker denken und reden?“ Dies ist nur ein Beispiel, wie demokratische Innenräume erforscht werden können. Ein weiteres Experiment 2021 war das Projekt „Climate Crisis? Stop and listen!“, für das Positionen in Zusammenhang mit der Klimakrise in Musik „übersetzt“ und so auch emotional zugänglicher wurden. Für Ende April ist die gemeinsame Erforschung der gesellschaftlichen Polarisierung in der Coronakrise geplant (siehe S. 26)

### Wo kann die Reise hingehen?

Wenn wir Räume des Zuhörens und Ringens um neue Lösungen schaffen, hilft es, die Erkenntnisse über Resonanz, emotionale und nicht verstandesmäßig gesteuerte Dimensionen mit einzubeziehen. Zuhören bedeutet dann auch, hinter die Worte zu hören und offen für das zu sein, was das Gegenüber außer faktischen Argumenten noch bewegt. Denn wenn die nicht-rationalen und nicht-offensichtlichen Aspekte ausgeblendet werden, bleibt der Austausch halbherzig – und eigentlich auch „halbhirnig“, denn Emotionen, Gedanken, Gefühle sind mit der Hirnaktivität verknüpft. Ein Beispiel wäre, wenn Menschen aus einer Wut- oder Angsthaltung heraus sprechen oder durch irgendetwas, das nicht klar benannt wird, „getriggert“ sind – es entsteht dann keine wirkliche Lösung, sondern höchstens ein Überdecken von Gegensätzen.

Es zeichnet sich ab, dass Mehr Demokratie aus diesen Erkenntnissen heraus – und zusätzlich zu unseren Argumenten, Daten und Fakten – verstärkt auch neue Kulturtechniken aus-



probieren wird, um zu einer vollständigen Kommunikation und Demokratie zu kommen. Erste Ansätze gibt es bereits, zum Beispiel mit den oben beschriebenen Politikfeldaufstellungen oder dem Projekt „Climate Crisis? Stop and listen!“. Auch in unseren Besprechungen nutzen wir gelegentlich schon Körperübungen, Klang- und Spürübungen und den Austausch über Befindlichkeiten oder auftretende Störungen. Dabei geht es nicht darum, das Faktische über Bord zu werfen, sondern eher darum, die Verbindung von Geist, Körper und Seele auch in die demokratische Arbeit hineinzunehmen.

So - das war eine erste Reise durch ungewohntes Terrain. Kommen wir nochmal auf den Boden der täglichen Mehr Demokratie-Arbeit.

**Was heißt das für die Arbeit von Mehr Demokratie?**

Wir planen Kampagnen und Aktionen mit Blick auf das, was wir erreichen wollen (neue Regelungen und Gesetze), legen Argumentationen und Forderungen zurecht. Das ist gut so! Aber vielleicht brauchen wir auch zusätzlich Fragen wie: „Wie fühlt sich das Gegenüber mit dieser Forderung? Welcher Rahmen passt, damit sich z.B. Politikerinnen und Politiker überhaupt gedanklich öffnen und nicht alles gleich als lästige Arbeiterschwernis abtun? An welche Werte und Grundstimmungen können wir appellieren, die wir vielleicht sogar teilen?“

Mehr Demokratie hat lange Zeit vor allem konfrontative Kampagnen gefahren und tut das auch noch, oft mit Erfolg. Doch gerade bei bundesweiten Volksabstimmungen, dem Herzensthema, blieb der bundesweite Durchbruch aus. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist durchgehend für mehr direkte Demokratie, aber die Politik tut sich nach wie vor damit schwer. Mit den Bürgerräten, bei denen Politikerinnen und Politiker von Anfang an eng eingebunden waren, hat der Verein dagegen offene Türen eingerannt und weitere geöffnet. Nun stehen Bürgerräte im Koalitionsvertrag - keine drei Jahre, nachdem man auf Bundesebene damit angefangen hat, sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Schaut man auf die Befindlichkeiten/Innenräume der Politik, ist das vielleicht gar nicht so überraschend: Bürgerräte kommen weniger als Konfrontation und Angriff auf die eigene Machtposition daher als Volksabstimmungen. Daher ist es leichter, sich erstmal dafür zu öffnen. Die Hoffnung ist, dass Vertrauen auf beiden Seiten wächst - letztlich sind wir alle Menschen, die ihre Interessen im Blick haben und über deren Ausgleich verhandeln müssen. Wenn diese Basis da ist, sind auch Entscheidungen/Abstimmungen, die nicht im eigenen Sinne ausgehen, leichter zu verkraften, für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Politikerinnen und Politiker.

Es kommt nicht nur darauf an, was wir fordern, sondern auch wie, in welchem Tonfall und mit welcher inneren Haltung wir es tun. Je bewusster wir uns sind, dass es nicht nur ein „Außen“ von Strukturen, Gesetzen und Institutionen gibt, sondern auch ein „Innen“ von Vorstellungen, Gefühlen, Prägnungen, Traumata, Hoffnungen und nicht zuletzt auch Kör-

perempfindungen, desto erfüllender und erfolgversprechender wird unsere Arbeit. Schon allein deshalb lohnt sich die Beschäftigung mit demokratischen Innenräumen. Doch es geht weit darüber hinaus. Mit den demokratischen Innenräumen schaffen wir Möglichkeitsräume und finden neue Antworten für die großen Herausforderungen unserer Zeit. /



**DEEPENING DEMOCRACY**

Mit diesem Projekt versuchen wir, Emotionen, Kommunikations- und Denkmuster, die demokratische Prozesse beeinflussen, sichtbar und benennbar zu machen. 2020/21 haben wir, nach dem Prinzip der Systemaufstellungen, mit Politikfeldaufstellungen begonnen. Indem Menschen Elemente wie z.B. „die Gewählten“, „die Bevölkerung“, „direkte Demokratie“ verkörpern, konnten wir neue Erkenntnisse über psychologische Aspekte in der Demokratiediskussion gewinnen. Nun helfen wir einzelnen Initiativen, ihr Arbeitsfeld besser zu verstehen und neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.



Webseite zu Deepening Democracy



Aufzeichnung der Veranstaltung „Climate Crisis? Stop and listen!“



Harald Lesch zu Quantenphysik




Hartmut Rosa zu Demokratie in der Krise



Ein ausführlicher Vortrag zum Thema Klang und Resonanz (über den Mehr Demokratie-Kontext hinausgehend) mit Links und Literaturangaben.



**Anne Dänner**  
Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.



Online-Prozess vom  
28. April bis 1. Mai 2022

# Demokratieforschung: Polarisierung in Krisen überwinden

Einladung zur gemeinsamen Erforschung - eine Kooperation  
von Mehr Demokratie und Pocket Project

Der Umgang mit der Pandemie ist zur sozialen Herausforderung geworden. Eine polarisierte Gesellschaft belastet den Zusammenhalt und der zunehmende Vertrauensverlust in die Demokratie bedroht die Grundlage gemeinwohlorientierten Handelns. Meinungsverschiedenheiten ziehen sich wie Risse durch Familien, Freundeskreise, Arbeitsteams und durch das politische Feld. Vielfältige Ängste und Konflikte werden erlebt: Unfreiheit, soziale Isolation, Überforderung und Gewalt in der Familie, Angst vor Krankheit und Tod, ökonomischer Existenzverlust, sowie extreme psychische Belastungen. Wir wollen mit dem Forschungsprojekt einen Raum anbieten, in dem alle Stimmen gehört werden können und eine Wiederherstellung von gegenseitiger Wahrnehmung und Verständigung stattfinden kann. Der Prozess wird wissenschaftlich vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und dem Institut für integrale Studien (IFIS) begleitet. Die Forschung soll dazu dienen, den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Polarisierung und kollektivem Trauma besser zu verstehen und Ansatzpunkte für ihre Überwindung zu finden. Wir wollen damit einen Beitrag zur Vertiefung und Handlungsfähigkeit der Demokratie leisten.

An dem Online-Prozess vom 28.4.-1.5.2022 können bis zu 500 Menschen teilnehmen. Menschen aus der ganzen Gesellschaft und aus einem breiten Meinungsspektrum werden hierfür angesprochen. Es geht dabei nicht um eine der üblichen Diskussionen, sondern um eine Selbsterforschung in der

Gruppe. Ein zentrales Element ist die Untersuchung unbewusster, kollektiver Dynamiken anhand eines Trauma-Integrationsprozesses (Collective Trauma Integration Process - CTIP), der unter anderem in der Arbeit des Pocket Project's seine Anwendung findet. Das Pocket Project ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich zur Aufgabe gemacht hat „sowohl Fachleute als auch Bürgerinnen und Bürger weltweit zu den Auswirkungen

trennt, und erforschen die dabei wirksamen kollektiven Dynamiken.

### **Was haben Traumata mit Demokratie zu tun?**

Eine Hypothese, die wir überprüfen wollen, ist, dass in Krisen oft schon bestehende individuelle und kollektive Traumata aktiviert werden und die Fähigkeit zu verantwortlicher Lösungssuche und damit den demokratischen Handlungsspielraum einschränkt.

## **Wir wollen mit dem Forschungsprojekt einen Raum anbieten, in dem alle Stimmen gehört werden können und eine Wiederherstellung von gegenseitiger Wahrnehmung und Verständigung stattfinden kann.**

und Prozessen der Integration kollektiver Traumata zu schulen ... und traumainformierte Hilfe und Aktionen in Krisengebieten auf der ganzen Welt zu unterstützen.“

### **Die Einladung: Demokratie ist Kommunikation**

Offenheit füreinander und die Bereitschaft zur Selbsterforschung sind die Voraussetzungen für eine Teilnahme. Willkommen sind alle, die bereit sind, das, was sie selbst denken, zu hinterfragen - und das nicht nur analytisch, sondern auch emotional. Es wird keine Propaganda der eigenen Meinung zu Corona und keinen Kampf der Argumente geben. Wir schauen gemeinsam hinter unsere Meinungen und hinter das, was uns

Wir alle, nicht nur Menschen mit Kriegs-, Gewalt- oder Katastrophenerfahrungen, sind von überfordernden Erfahrungen und Traumata betroffen. Sie entstehen in Extremsituationen (Schocktrauma) sowie durch Brüche in der Interaktion zwischen Kindern und ihren Bezugspersonen (Entwicklungstrauma) oder sonstigen zwischenmenschlichen Verhältnissen. Hinzu kommt, dass jeder Mensch und die gesamtgesellschaftlichen Strukturen und Institutionen von den Erlebnissen der vorhergehenden Generationen beeinflusst werden. Dass Traumata auch Spuren im Erbgut hinterlassen, konnte inzwischen in der Epigenetik Forschung nachgewiesen werden. So können Krisenmomente unbewusst traumatische ▶

Erfahrungen aktivieren und Reaktionsweisen hervorrufen, die den gegenwärtigen Situationen nicht mehr entsprechen. Da solche Reaktionen demokratische Verständigung verhindern können, ist es wichtig, individuelle und kollektive Trauma-Dynamiken zu untersuchen, sie einzubeziehen und für eine besser funktionierende Demokratie erlebbar zu machen.

### Das Beispiel Corona

Wir gehen davon aus, dass sich globale Krisen zuspitzen werden. Umso dringender müssen wir uns mit ihrer demo-

Widerstand und Hyperaktivierung oder Flucht und Rückzug sein. Die kollektive Erinnerung oder die reale Erfahrung einer Diktatur, wie sie in Deutschland im Dritten Reich oder in der DDR erlebt wurden, können unterschiedliche Reaktionen aktivieren. Auf eine Situation der Freiheitsbeschränkung, wie sie in der Pandemie erlebt wurde, reagieren viele Menschen mit einer starken Anpassung und andere mit starkem Widerstand.

Da werden kollektive Traumata gleichzeitig unbewusst zum Ausdruck gebracht und wieder aktiviert. Diese meist unbewussten Dynamiken führen

ziehungs- und Reaktionsfähigkeit auf die Krise ist also Teil der Krise. Wir gehen davon aus, dass demokratische Gesellschaften gemeinsame Resonanzräume brauchen, damit auch die tieferen Dynamiken der Krisen angemessen verstanden und unsere Handlungsmöglichkeiten verbessert werden können.

### Was passiert beim Forschungsprojekt?

In der dreitägigen Online-Veranstaltung soll untersucht werden, inwieweit sich die Beschäftigung mit Traumata auf die demokratischen Kompetenzen und die Empathiefähigkeit der Teilnehmenden auswirkt.

Der Leiter des Gruppenprozesses, Thomas Hübl, hat diesen über zwei Jahrzehnte entwickelt. Es wird dabei nicht in die individuelle Meinungsbildung eingegriffen werden. Die Kompetenz der Prozessleitung besteht darin, alle am Gespräch Beteiligten respektvoll zu den Ursprüngen eigener Erfahrungen zu bringen. Im Zentrum wird die Einzelarbeit im öffentlichen Gespräch mit der Prozessleitung stehen. Wie können wir trotz verschiedener Meinungen

**Die Covid-19-Krise war und ist emotional hoch aufgeladen, sie ist unmittelbar in unserem Alltag und in unseren Beziehungen spürbar. Sie führt zu einer sozialen Spaltung, die oft mitten durch persönliche und politische Beziehungen geht. Sie ist eine demokratische Herausforderung.**

kratischen Bewältigung beschäftigen. Dafür werden wir beispielhaft die aktuelle Krise, ausgelöst durch Covid-19, untersuchen. Die Covid-19-Krise war und ist emotional hoch aufgeladen, sie ist unmittelbar in unserem Alltag und in unseren Beziehungen spürbar. Sie führt zu einer sozialen Spaltung, die oft mitten durch persönliche und politische Beziehungen geht. Sie ist eine demokratische Herausforderung.

dazu, dass wir individuell wie auch gesellschaftlich nicht angemessen reagieren können. Unser Mangel an Be-

Der Leiter des Prozesses, Thomas Hübl, im Gespräch.



### Die unbewusste Dynamik von Krisen

Als Gesellschaft stehen wir vor der Herausforderung, uns über die jeweilige Dynamik einer Krise bewusst zu werden und uns darüber demokratisch zu verständigen. Denn diese Krisen treffen auf eine zunehmend fragmentierte Gesellschaft, in der es schwieriger wird, gemeinsame Lösungen zu finden. Wenn durch Krisen Traumata berührt werden, kommt es zu je unterschiedlichen Aktivierungen. Reaktionsmuster können zum Beispiel Anpassung und Apathie,



## ANMELDUNG



[www.pocketproject.org/collective-trauma-democracy](http://www.pocketproject.org/collective-trauma-democracy)

### Websites

[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)  
[www.pocketproject.org](http://www.pocketproject.org)

### Institute

[www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de)  
[www.ifis-freiburg.de](http://www.ifis-freiburg.de)

### sensemaker

[www.thecynefin.co/about-sensemaker](http://www.thecynefin.co/about-sensemaker)  
deutsch: [www.ezc.partners/2020/07/25/6670](http://www.ezc.partners/2020/07/25/6670)

### Projektkoordination

Roman Huber (Mehr Demokratie),  
Kosha Joubert (Pocket Project)

und Ängste offen füreinander bleiben? Thomas Hübl sagt dazu: „Wir können eine große Meinungsverschiedenheit mit jemandem haben und trotzdem in Beziehung bleiben. Gegensätzliche Standpunkte bedeuten nicht, dass ich mich von den Erfahrungen des anderen abkoppeln muss ... Nicht was wir besprechen, ist schmerzhaft, sondern wie wir miteinander sprechen ... Wenn ich mit jemandem von einem distanzierten Standpunkt aus spreche, wie kann ich dann erwarten, dass derjenige mir zuhört, wenn ich sie oder ihn nicht einmal spüre?“

Trauma ist eine abgespaltene Erfahrung aus überwältigenden früheren Situationen. Solange wir den Ursprung nicht berühren, überträgt sich diese Energie wie ein Filter auf heutige Situationen. Die Einzelarbeit kann helfen, diesen Filter bewusst zu machen. Durch individuelle Prozesse im Rahmen der Gruppe wird gleichzeitig ein kollektiver Prozess in Gang gebracht. Diese Impulse können dann im Einzelgespräch oder in Kleingruppen der Teilnehmenden unter-

einander weiter besprochen und verarbeitet werden. Es stehen therapeutisch geschulte Assistentinnen und Assistenten zur Verfügung.

### Forschungsansatz

Die Forschungsfrage „Kann die Beschäftigung mit kollektiven Traumaprozessen positive Auswirkungen auf die Demokratiefähigkeit haben?“ wird mit unterschiedlichen Methoden untersucht. Zu Anfang und zum Ende werden alle Teilnehmenden quantitativ und anonymisiert befragt werden. Teilnehmende werden auch qualitativ zu ihren Mikro-Narrativen, d.h. zu ihren individuellen Wahrnehmungen und biografisch geprägten Reaktionen auf die Themen befragt. Dafür wird die „SenseMaker“ Software eingesetzt, mit deren Hilfe wir für alle sichtbar abbilden können, wie sich Haltungen im Kollektiv darstellen und verändern. Die gesammelten Daten können wissenschaftlich anschließend unter unterschiedlichen Perspektiven ausgewertet werden, z.B. zu Fragen der Entwicklung von Empathie und Demo-

kratie. In Kleingruppen können auch nach dem Wochenende die Erfahrungen weiterverarbeitet werden.

Zur Einführung in die Thematik findet am 11. April um 20 Uhr ein Gespräch zwischen der Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie, Claudine Nierth, und Thomas Hübl statt. /

Anmeldung unter [www.pocketproject.org/collective-trauma-democracy](http://www.pocketproject.org/collective-trauma-democracy)



**Roman Huber**  
Geschäftsführender Vorstand  
von Mehr Demokratie.



**Kosha Joubert**  
Leiterin des Pocket Project.



# Europas großes Demokratie-Experiment

von Daniela Vancic

Im September 2021 wurde europäische Demokratiegeschichte geschrieben. Die erste Phase eines neuen europäischen Demokratie-Experiments hatte begonnen: 800 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger haben sich als Abbild der EU-Bevölkerung in fünf europäischen Städten und online getroffen. Sie sollten Vorschläge zu den neun Themen der Konferenz zur Zukunft Europas erarbeiten.

Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist in ihrem täglichen Leben weder politisch aktiv noch haben sie ein großes Wissen darüber, wie die Entscheidungsfindung in der EU funktioniert. Bis die ausgelosten Bürgerinnen und Bürger im Zug oder Flugzeug auf dem Weg zur ersten Veranstaltung waren, hielten viele von ihnen das ganze

Angebot vielleicht noch für einen Schwindel. Gerade Sie sollten eine Rundreise durch Europa machen können, um Politikern zu sagen, wie sie ihre Arbeit machen sollen – und obendrein noch eine Prämie dafür erhalten?

In der Tat ist es ziemlich mutig von der Europäischen Union, die Bürger einzuladen, alle Mängel Europas zu diskutieren und sich der teilweise heftigen Kritik von Bürgern auszusetzen.

Der erste Halt: Straßburg. Alle 800 Bürgerinnen und Bürger, die in vier europäischen Bürgerforen mit je 200 Personen vertreten waren, begannen ihre Arbeit im Plenarsaal des Europäischen Parlaments. Die vier Foren, unterteilt in weitere Untergruppen, hatten die folgenden Themen:

1. Wirtschaft, Justiz, Arbeitsplätze, Bildung, Jugend, Kultur, Sport, Digitales
2. Demokratie, Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
3. Klimawandel, Umwelt, Gesundheit
4. Die EU in der Welt, Migration

Die Veranstaltung war nicht nur der allererste transnationale Bürgerrat in Europa, sondern auch der erste transnationale Bürgerrat der Welt. Er beweist, dass Demokratie über Grenzen hinweg funktioniert: Und wo könnte man besser mit Demokratie experimentieren als in der Europäischen Union - einem demokratischen Wunder und Experiment an sich.

Bei den Ausgelosten stieß die Idee auf Zuspruch. „Man kann nicht immer über politische Entscheidungen unzufrieden sein und diese kritisieren, und dann, wenn man die Möglichkeit hat, sich selber einzubringen, diese Chance nicht wahrnehmen“, sagt etwa der 60-jährige Finanzberater Klaus Gurniak aus Bieck. „Wir haben gute Empfehlungen ausgesprochen“, findet Gabriele Schulze-Hobeling aus Reken, die am Forum „Europäische Demokratie, Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit“ teilgenommen hatte. Sie habe viele Freundschaften mit Menschen aus ganz Europa geschlossen.

So romantisch die Geschichte von Europas erstem Bürgerrat aber auch klingen mag, so ernüchternd ist leider die Realität. Die Probleme im Zusammenhang mit der Struktur und dem Gesamtkonzept der Foren traten mit jedem Forum deutlicher zutage.

Erstens war die allgemeine Überfrachtung mit Themen von Anfang an ein offensichtliches Problem. In praktisch allen Foren (insbesondere in Forum 1, in dem acht verschiedene Themen behandelt wurden) waren die Diskussionen viel zu breit gefächert, als dass eine qualitativ hochwertige und eingehende Beratung hätte stattfinden können. Ein weiteres Problem war der Zeitdruck. Alle Podiumsdiskussionen mussten innerhalb der begrenzten Zeit von drei Wochenenden gegen die Uhr kämpfen. Dabei ist stets zu bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich zum allerersten Mal von diesen Themen und der Rolle der EU in diesen Fragen gehört haben.

Ein weiterer kritischer Punkt ist der Umfang des Experteninputs, um alle Teilnehmende auf den gleichen Wissensstand über das jeweilige Thema zu bringen. Die Experten, die für das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger eine unglaublich wichtige Rolle spielen, wurden vom Exekutivaus-


schluss der Konferenz von oben nach unten ausgewählt. Bei guten Beispielen für Bürgerräte wie in Irland werden die Experten in der Regel von einem unabhängigen Beratungsgremium ausgewählt. Das bedeutet, dass bei der Auswahl der Sachverständigen potenziell ein politisches Interesse im Vordergrund stand.

Dies lässt sich direkt an den abschließenden Empfehlungen von Panel 2 zur Demokratie ablesen. Die Untergruppen haben sich mit der direkten Demokratie befasst, wobei der für die Präsentation der direkten Demokratie ausgewählte Experte ein Vertreter der EU-Institutionen war, der die direkte Demokratie nicht unbedingt befürwortete. Es gab weder Gegenargumente noch einen Gegenexperten zu diesem Thema. Am Ende empfahlen die Teilnehmenden, dass Volksabstimmungen in der EU zwar durchgeführt werden sollten, aber wegen der damit verbundenen Kosten nur in Ausnahmefällen, und dass Volksabstimmungen nur von oben nach unten, durch das Europäische Parlament, initiiert werden sollten.

Hätten die Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Bild von der direkten Demokratie erhalten und gewusst, wie deren Instrumente richtig gestaltet werden sollten, einschließlich der Möglichkeiten für „von unten“ initiierte Abstimmungen, wäre die abschließende Empfehlung vielleicht ehrgeiziger und mutiger ausgefallen, statt in der klassischen Angst vor Volksentscheiden zu wurzeln.

Neben den strukturellen und gestalterischen Mängeln ist auch die mangelnde Inklusivität der Foren zu kritisieren. Auf der einen Seite ist es sehr zu begrüßen, dass die Konferenz bei der Auswahl der 800 Bürgerinnen und Bürger auf ein Verfahren zurückgreift, dass die Vielfalt der EU in Bezug auf geografische Herkunft (Nationalität und Leben in der Stadt oder auf dem Land), Geschlecht, Alter, sozioökonomischen Hintergrund und Bildungsniveau repräsentiert. Sie hat sich auch sehr um die Einbeziehung der Jugend bemüht, denn ein Drittel der Plätze in den Foren war für Menschen zwischen 16 und 25 Jahren reserviert. Doch wurden Minderheiten und schutzbedürftige Gruppen weitgehend außen vor gelassen. Ein Blick in den beeindruckenden Plenarsaal des Straßburger Parlaments genügt, um das Bild einer großen, weißen Dominanz zu erkennen. Erschreckenderweise war in Panel 4, das sich mit dem sensiblen Thema der Migration befasste, kaum eine „person of Color“ zu sehen. ▶





**Es ist höchst bedenklich, dass sensiblen und gefährdeten Gruppen nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, insbesondere bei Themen, bei denen diese Gruppen unverhältnismäßig stark betroffen sind.**

Es ist höchst bedenklich, dass sensiblen und gefährdeten Gruppen nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, insbesondere bei Themen, bei denen diese Gruppen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Es hätten Schwellenwerte eingeführt werden sollen, z. B. für People of Color, Menschen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität, Menschen mit Migrationshintergrund, Bürger aus EU-Kandidatenländern und Bürger, die kritische Einstellungen zur EU vertreten, um eine stark pro-europäische Filterblase zu vermeiden. Ohne eine wirklich integrative Auswahl der Bürger und eine sensiblere Berücksichtigung gefährdeter Gruppen läuft die Zukunft Europas Gefahr, bereits marginalisierte Gruppen weiter zu entfremden.

Darüber hinaus hat sich der gesamte Entscheidungsprozess der Konferenz als nicht sehr demokratisch erwiesen. Nur die Empfehlungen, die in den Foren eine Zustimmung von mindestens 70 Prozent erhielten, fanden Eingang in den Abschlussbericht. In Anbetracht der Tatsache, dass es keine konkreten Verpflichtungen für Folgemaßnahmen gibt und die Empfehlungen im Plenum der Konferenz als nächster Phase der Konferenz einem ungewissen Schicksal entgegensehen, ist die Schwelle von 70 Prozent unnötig hoch. Zusammen mit der mangelnden Einbeziehung verschiedener Gruppen mag dies erklären, warum eine Empfehlung zur Einbeziehung von Minderheiten in die Politikgestaltung nicht angenommen wurde.

Aus den wenigen Plenarsitzungen der Konferenz, die seit Beginn der Foren stattgefunden haben, können wir schließen, dass es auch dort Probleme mit der Transparenz und der Demokratie gab. Es ist zwar sehr zu begrüßen, dass 80 der nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und

Bürger im Konferenzplenum vertreten sind, doch stehen sie oft im Schatten der über 300 Politiker, die es gewohnt sind, lange Reden zu halten. Die ohnehin schwache Stimme der Bürger geht dann im großen Saal unter.

Letztendlich wird die Konferenz vor allem nach ihrer Wirksamkeit beurteilt werden. Dies kann in diesem Stadium des laufenden Prozesses nicht vollständig bewertet werden. Wenn die Konferenz jedoch nicht zu Ergebnissen führt, die den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen, und wenn Bürgerräte als Form der Beteiligung nicht dauerhaft bestehen bleiben, dann droht die Konferenz zu einem gescheiterten Demokratie-Experiment zu werden. Das Potenzial für einen bahnbrechenden und historischen demokratischen Neubeginn ist jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Der Beteiligungsprozess selbst kann schon als Gewinn gesehen werden. „Ich glaube, dass der Wert des Ganzen in diesem Prozess liegt, nicht in den Papieren und in dem Output am Ende“, sagt z.B. die Forumsteilnehmerin Daniela Engist aus Freiburg. „Vielleicht können wir die EU und die Welt ein bisschen verändern“, hofft die Französin Maeva. „Den Versuch ist es wert“, kommentiert die Forumsteilnehmerin Anja Störiko. /



**Daniela Vancic**  
European Programme Manager bei  
Democracy International.



# Überraschender Frühling für die Direkte Demokratie am Mittelmeer

Eine Reportage aus Italien - von Bruno Kaufmann



In Italien versinken die politischen Parteien weiterhin im Chaos und dennoch erleben die Volksrechte eine Renaissance. Schon 84 Mal haben die Italienerinnen und Italiener im letzten halben Jahrhundert über nationale Gesetze abstimmen können. Diese Zahl liegt noch höher als jene der verschiedenen Regierungen seit 1946: Nämlich 70.

Jetzt macht Italien wieder einmal Polit-Schlagzeilen: Doch dieses Mal ist es nicht die Stunde der wirren Komiker und durchgeknallten Post-Faschisten, sondern jener Kräfte, die den Ausgleich und Kompromiss suchen. Die drittgrösste Volkswirtschaft der Europäischen Union (die achtgrösste der Welt) ist auf dem guten Weg zu einem demokratischen Vorzeigestaat mit starkem direktdemokratischen Einbezug seiner Bürgerinnen und Bürger zu werden. Mit anderen Worten: 2022 wirkt das 60 Millionen Volk südlich der Alpen plötzlich wie eine grosse Schweiz.

Was ist passiert? Die Pandemie ergriff Italien abrupter und brutaler als das restliche Europa. Die Bilder des Militärkonvois mit Corona-Opfern aus der norditalienischen Stadt Bergamo gingen im März 2020 um die Welt. Das zerstrittene politische Establishment in Rom raupte sich in dieser kritischen Stunde zusammen und schuf die Grundlage für eine breite Koalitionsregierung von ganz links bis ganz rechts. Chef dieser Allianz wurde schliesslich der langjährige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi.

Unter Draghis Führung verwandelte sich Italien nicht nur zum Muster-schüler im Umgang mit der Pandemie und bei der Nutzung des grosszügig bemessenen EU-Rettungsschirmes, sondern auch der Modernisierung des krisenanfälligen demokratischen Regierungssystems im Land: Dazu gehörte auch die in einer Volksabstimmung



Mario Staderini gemeinsam mit Marco Gentili, ALS-2-Patient vor dem Parlament in Rom.

beschlossene Verkleinerung des nationalen Parlamentes. Bei einer Stimmbeteiligung von 51,1 Prozent sprachen sich am 19. Oktober 2020 fast 70 Prozent der Italienerinnen und Italiener für die Reduktion der Sitze im Abgeordnetenhaus (von 615 auf 400) und im Senat (von 315 auf 200) aus.

Zu einem zunächst in der Öffentlichkeit wenig beachteten Paukenschlag setzte dann das Parlament in Rom im vergangenen Sommer an. Im Rahmen einer breiten Digitalisierungsvorlage wurde buchstäblich über Nacht ein Recht für das elektronische Sammeln von Unterschriften für Volksanträge, Gesetzesreferenden und Verfassungsreferenden eingeführt. „Das ist eine Revolution für unsere Volksrechte, welche lange unter abschreckenden bürokratischen Hürden und vielfältigen Verfahrenshürden gelitten haben“, sagt Mario Staderini, Demokratieworker der Radikalen Partei, die sich seit Jahrzehnten für mehr Mitsprache der

Bürgerinnen und Bürger in der italienischen Politik stark macht.

Noch im Herbst 2019 war Italien von der UNO scharf dafür gerügt worden, die grundlegenden Mitbestimmungsrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu missachten. Nun wagte das Parlament den Sprung nach vorne und erlaubte es ab letztem Sommer Initiativen von Volksbegehren und Referenden - statt wie früher mühsam durch Behörden zu verifizierende Unterschriften auf Papier - digitale Unterschriftensammlungen zu starten. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass der italienische Staat eine öffentlich zugängliche Plattform schaffen soll, über welche alle Initiativkomitees künftig kostenlos und digital Unterschriften sammeln können - auf der nationalen, wie auch der regionalen und lokalen Ebene.

Als Vorbilder der Plattform dient unter anderem die Demokratieseite des Finnischen Justizministeriums und die Europäische Bürgerinitiativenseite der



**„Das ist eine Revolution für unsere Volksrechte, welche lange unter abschreckenden bürokratischen Hürden und vielfältigen Verfahrenshürden gelitten haben.“**

Mario Staderini



Der Notar Mario Staderini ist der Koordinator der Kampagne für die elektronische Unterschriftensammlung.



[www.demokratia.fi/en/home](http://www.demokratia.fi/en/home)



[www.europa.eu/citizens-initiative/\\_de](http://www.europa.eu/citizens-initiative/_de)



[www.my.civis.bz.it/public/de/spid.htm](http://www.my.civis.bz.it/public/de/spid.htm)

Europäischen Kommission. Zum Durchbruch des sogenannten E-Collecting in Italien hat sicherlich beigetragen, dass sich im Kontext der Pandemie die grosse Mehrheit der Italienerinnen und Italiener eine digitale Identität im Rahmen der Spid-Plattform zugelegt hat.

„Plötzlich bekamen wir alles, was wir uns wünschen konnten“, sagt der Politikwissenschaftler und Demokratieentwickler Lorenzo Mineo. Verschiedene Gruppierungen, die bislang unter der Schwierigkeit der bürokratischen Unterschriftensammlung gelitten hatten, sahen ihre Stunde gekommen: Sie begannen im letzten Sommer mit der Sammlung digitaler Unterschriften für Anliegen wie die Legalisierung von Cannabis und die Erleichterung der aktiven Sterbehilfe, aber auch für Abstimmungen über ein Jagdverbot und eine Justizreform. Innerhalb von wenigen Tagen und Wochen konnten so die erforderlichen 500.000 Unterschriften für die Abänderung eines bestehenden Geset-

zes via Volkabstimmung zusammenkommen. Zahlen, welche bis zu Beginn dieses Jahres auch von den zuständigen Stellen in Rom beglaubigt wurden.

Nun ist zunächst noch das Verfassungsgericht gefragt, welches bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch darüber brütete, ob alle Abstimmungsvorlagen noch in diesem Frühsommer zur Abstimmung gebracht werden können. Einiges spricht jedoch dafür, dass der überraschende Frühling der Volksrechte in Italien weitergeht. Denn während das aufstrebende italienische Volk gemeinsam mit einigen vernünftigen Führungspersonlichkeiten in der ausklingenden Pandemie viel Reife und Verstand gezeigt hat, haben sich die politischen Parteien weiter gegenseitig ausgetrickst. Das wurde nicht zuletzt deutlich, bei der Anfang des Jahres angesetzten Wahl des Staatspräsidenten.

Nach einem einwöchigen Chaos im Parlament wurde Ende Januar der bisherige Staatschef Sergio Mattarella für

eine weitere Amtszeit bestätigt. So kann nun auch Ministerpräsident Draghi weiterarbeiten - mindestens bis zu den in einem Jahr anzusetzenden Neuwahlen - und einen stabilen Rahmen schaffen, innerhalb dessen die direktdemokratischen Volksrechte nicht nur ausgeübt, sondern weiter gestärkt werden können. Denn neben der nationalen Ebene stehen nun auch digitale Reformen auf der Ebene der Provinzen und Kommunen an. /



**Bruno Kaufmann**

koordiniert die Demokratiedirektion des Schweizer Rundfunks und ist Stiftungsrat der Schweizer Demokratie Stiftung.

A person is holding a white protest sign with black and red text. The sign reads "NO SON \$30 SON 30 AÑOS" with a rainbow over the number 30, and "#NUEVA CONSTITUCIÓN" below it. The person is wearing a green helmet and a red patterned shirt. Other protesters are visible in the background.

NO SON \$30  
SON 30 AÑOS  
#NUEVA CONSTITUCIÓN

Drei Jahrzehnte neo-liberaler Wirtschaftspolitik führten zu geschichtswendenden sozialen Protesten.

# Demokratiedämmerung in Chile

Ein direkt gewählter Konvent arbeitet an der Ablöse der Verfassung aus der Militärdiktatur  
- von Christian Felber



12 Millionen Menschen des 19-Millionen-Volkes gingen an einem Tag auf die Straße.

Im südlichsten Land Lateinamerikas tagt seit Juli 2021 eine direkt gewählte Verfassungsversammlung. Sollte die von ihr entworfene Verfassung im Herbst per Referendum angenommen werden, könnte Chile nicht nur zu einem Musterland der Demokratie, sondern auch der sozialen Rechte und ökologischer Nachhaltigkeit werden.

Während sich die Demokratie laut dem Institut „Varieties of Democracy“ der Universität Göteborg weltweit auf dem Rückzug befindet, leuchtet in einem Land fern von Europa ein kleiner Hoffnungsschimmer: Chile wird in diesem Jahr aller Voraussicht nach eine demokratische Verfassung erhalten. Doch der Reihe nach. Seit 1833 ist das südlichste Land Lateinamerikas eine Demokratie, eine unrühmliche Ausnahme in dieser bald 200-jährigen Tradition bildet die Militärregierung von Augusto Pinochet, der sich 1973 gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende an die Macht putschte. Der General errichtete nicht nur ein blutiges Regime – je nach Quelle wurden 3000 bis 4000 oder noch mehr Menschen ermordet. Er bot zudem ein Reallabor für neoliberale Wirtschaftspolitik, bevor diese auch in Demokratien angewandt wurde. Zwei der Paradereformen waren die Privatisierung des Rentensystems und der Wechsel von Importsubstitution zu Freihandel. Als „Sahnehäubchen“ ließ der Diktator eine dazu passende Verfassung ausarbeiten, die am 11. September 1980 in einer nicht ganz freien Volksabstimmung angenommen wurde.

### **Soziale Proteste als Auslöser**

Die Diktatur währte bis 1990, und die von ihr eingeläutete und nach der Wende fortgesetzte neoliberale Politik hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Vollprivatisierung der Renten hat bewirkt, dass heute rund die Hälfte der Bevölkerung einem Alter in Armut entgegen-

sieht. Das Gesundheits- und Bildungssystem sind nicht barrierefrei, hinzu kommen hohe Energie- und Wohnungskosten. Etwas die Hälfte der Bevölkerung verdient weniger als umgerechnet 500 Euro (400.000 Pesos) im Monat.

## **Nimmt die Bevölkerung die neue Verfassung an, bricht zumindest in Chile eine neue Ära an – eine Art ökosoziales Zeitalter nach der neoliberal-autoritären Ära.**

Diese angespannte sozioökonomische Lage für die Mehrheit der Bevölkerung hat im Herbst 2019 zu sozialen Unruhen geführt. Auslöser war eine Erhöhung des U-Bahn-Fahrpreises in Santiago um 30 Pesos. Am 25. Oktober nahmen 1,2 Millionen Menschen an der von Gewerkschaften und Sozialorganisationen ausgerufenen Demonstration im Zentrum von Santiago de Chile teil – die zur größten in der Geschichte des Landes wurde. Motto: „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre.“ Die Regierung weitete den Ausnahmezustand aus und sprach von „Krieg“. Zwischen dem 18. Oktober und dem 31. Dezember wurden mehr als 50.000 Personen festgenommen, darunter zahlreiche Jugendliche. Insgesamt 34 Menschen kamen nach offiziellen Angaben ums Leben. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte warf der chilenischen Polizei schwere Menschenrechtsverletzungen vor.

### **Verfassungsprozess**

Doch die Proteste sollten sich aus historischer Perspektive als erfolgreich erweisen: Die Parlamentsparteien ent-

schieden gemeinsam, dass eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden soll. Dieses kleine Wunder war „die politische Antwort auf die sozialen Proteste“, so der Ökonom Enrique Román. Am 25. Oktober 2020 stimmte die chilenische Bevölkerung bei einem Referendum mit großer Mehrheit für die Beratung einer neuen Verfassung. 80 Prozent wählten dabei die Option, dass sämtliche Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung direkt gewählt werden sollten. Die im Mai 2021 folgenden Wahlen zum Konvent enthielten mehreren Neuerungen. Zum einen war die Hälfte der 155 Sitze für Frauen reserviert. Weitere 17 Sitze standen der Vertretung von neun indigenen Bevölkerungen („pueblos originarios“) zu. Drittens konnten sich auch parteilose Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen. Diese schnitten deutlich besser ab als die politischen Parteien – was eine klare Absage an das bisherige politische System war. Den Konvents-vorsitz übernahm die Mapuche-Indigene Elisa Loncón. Sie wurde Anfang 2022 von der Zahnärztin María Elisa Quinteros abgelöst. Am 4. Juli 2021 nahm der Kongress seine Arbeit auf. Zur Annahme bedarf es einer Zweidrittelmehrheit, um einen möglichst hohen Konsens zu gewährleisten.

### **Inhaltliche Knackpunkte**

Bei der Ausarbeitung der Inhalte zeichnet sich eine Reihe von Reformen in Richtung mehr Demokratie, soziale Grundrechte, öffentliche Güter und Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen ab. Ein erster Knackpunkt sind das Gesundheits- und das Rentensystem. Hier hat der Neoliberalismus am schwersten gewütet. Einige Vorschläge laufen auf die Rückverstaatlichung des Rentensystems und eine öffentliche Gesundheitskasse für alle hinaus. Sollte dies gelingen, würden zwei neoliberale ►



64 Prozent der Plätze in der Versammlung sind von zuvor Parteilosen, 50 Prozent von Frauen und 11 Prozent von Indigenen besetzt.

Galionsprojekte rückabgewickelt. Ein zweiter Reformpunkt ist die Machtverteilung zwischen dem Staatspräsidenten, dem Parlament und der Bevölkerung. Zum einen stehen die Zeichen auf Aufwertung des Parlaments als Legislative gegenüber dem Staatsoberhaupt; zum anderen könnte die neue Verfassung auch mehr direkte Demokratie und konkret das Instrument der Volksinitiative enthalten. Dann gäbe es neben dem Vorbild der Schweiz ein weiteres Land mit einer voll ausgebauten direkten Demokratie.

Ein dritter Knackpunkt ist das Thema Bodenschätze. Die Pinochet-Verfassung öffnete das Land für private Investoren und machte die Wasserrechte zur Handelsware. Die rohstoffreichen Konzessionsgebiete werden als „geopferte Zonen“ (zonas de sacrificio) bezeichnet. Als Folge des Bergbaus begannen die Flüsse auszutrocknen, Dürre ist ein zunehmendes Problem für die Landwirtschaft. Deshalb ist von einer neuen Verfassung „inmitten eines klimatischen und ökologischen Ausnahmezustands“ die Rede. Nach Australien ist Chile der zweitgrößte

Lithium-Produzent der Welt. Der Rohstoffreichtum übersetzt sich aber nicht in Wohlstand für die Bevölkerungsmehrheit und schon gar nicht für die indigene Bevölkerung. Daraus ergeben sich Schlüsselfragen: Welche Rechte erhalten die „pueblos originarios“? Wird der Rohstoffabbau verstaatlicht? Erhält die Natur verbrieft Rechte? Das würde gut zur Philosophie des „Buen vivir“ passen, des guten Lebens für alle, das ebenfalls Eingang in die Verfassung finden könnte, so wie schon zuvor in Bolivien und Ecuador. Auch möglich ist, dass Chile das erste Land der Welt wird, dessen Verfassung ein „Gemeinwohl-Produkt“ vorsieht. Dieser Antrag wurde von der Gemeinwohl-Ökonomie Chile als Vorschlag in den Konvent eingebracht.

### Neuwahlen im Dezember

Kurz vor Weihnachten ergab sich eine weitere schicksalhafte Wende: Nicht der konservative Kandidat José Antonio Kast, sondern der 35-jährige Studentenfürer Gabriel Boric wurde zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Boric wurde nicht nur der jüngste Staatsoberhaupt,

sondern auch das mit den meisten Stimmen gewählte in der Geschichte des Landes. Der linke Kandidat versprach die Erhöhung der sozialen Sicherheit, eine stärkere Besteuerung des Bergbau-sektors und ein staatliches Lithium-Unternehmen. Am Morgen nach dem Wahlsieg sackte der Börsenkurs des größten privaten Lithium-Produzenten, SQM, um 15 Prozent ab. Dagegen stiegen die Aktien des Verfassungskonvents flugs an: Während der amtierende konservative Staatschef Piñera dem Konvent nie auch nur einen Besuch abgestattet hatte, machte Boric der „Convencion constitucional“ schon zwei Tage nach seiner Wahl seine Aufwartung.

### Ausblick

Die neue Verfassung muss bis Juli fertig sein – die maximale Dauer des Konvents beträgt 12 Monate. Voraussichtlich im Oktober kommt es dann zum entscheidenden Referendum, bei dem Wahlpflicht gilt. Nimmt die Bevölkerung die neue Verfassung an, bricht zumindest in Chile eine neue Ära an – eine Art ökosoziales Zeitalter nach der neoliberal-autoritären Ära. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass das südamerikanische Fanal auch international eine Zeitenwende einläuten kann. Denn die in der Luft liegenden Reformen könnten ein Staats- und Demokratiemodell begründen, das international zur Nachahmung anregt. Das gilt auch für Europa: Die direkte Wahl einer Verfassungsver-sammlung, Gender-Parität, Volksinitiative auf Bundesebene, Rechte für die Natur oder Wasser als öffentliches Gut würden auch unsere Demokratien erfrischen und stärken. /

[www.chileconvencion.cl](http://www.chileconvencion.cl)



**Christian Felber**

Autor, Hochschullehrer, Initiator der „Gemeinwohl-Ökonomie“.

er Handlung im Sinne des Absatzes 1 öffentlich  
 it einem anderen verabredet oder in anderer Weise  
 Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.  
 hweren Fällen kann in den Fällen des Absatzes 1  
 unter zwei Jahren, in den Fällen des Absatzes 2  
 unter einem Jahr erkannt werden.  
 r Stücken seine Tätigkeit aufgibt oder bei Beteiligung  
 ete Handlung verhindert, kann nicht nach den  
 re 1 bis 5 bestraft werden.  
 ilung ist, sofern die Handlung sich ausschließlich  
 mäßige Ordnung eines Landes richtet, mangels  
 htlicher Regelung das für Strafsachen zuständige  
 des zuständig. Im übrigen ist das Oberlandesgericht  
 ritzk die erste Bundesregierung ihren Sitz hat.  
 n Vorschriften gelten bis zu einer anderweitigen  
 gesetz.

#### Artikel 144

etz bedarf der Annahme durch die Volksver-  
 der deutschen Länder, in denen es zunächst  
 endung dieses Grundgesetzes in einem der in  
 änder oder in einem Teile eines dieser Länder  
 t, hat das Land oder der Teiles Landes das Recht,  
 er in den Bundestag und gemäß Artikel 50  
 t zu entsenden.

#### Artikel 145

che Rat stellt in öffentlicher Sitzung unter  
 sten Groß-Berlins die Annahme dieses Grund-  
 and verkündet es.  
 tritt mit Ablauf des Tages der Verkündung

etzblatte

#### Artikel 146

ert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem  
 tt, die v...  
 rden ist.

52

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende  
 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland  
 in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Ein-  
 tausendneuhundertneunundvierzig mit drei-  
 undfünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen.  
 Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder  
 des Parlamentarischen Rates die vorliegende  
 Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig  
 unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres  
 Eintausendneuhundertneunundvierzig.

*Heinrich Lübke*

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

*Adolph Schönfelder*

I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

*Walter Scheel*

II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

# Warum die direkte Demokratie im Grundgesetz fehlt

Eine historische Betrachtung von Philipp Deeg

In der Weimarer Reichsverfassung stand sie noch, doch im Grundgesetz fehlt sie: die direkte Demokratie. Selbst wenn man kein Freund der Volksgesetzgebung ist, stellt sich angesichts dieser Tatsache die Frage, warum solche Instrumente 1949 keinen Eingang ins Grundgesetz fanden, genauer: warum der Parlamentarische Rat nur die eher wolke Formulierung von „Wahlen und Abstimmungen“ in Art. 20 Abs. 2 GG sowie den Volksentscheid über die Neugliederung des Bundesgebietes (sog. Territorialplebiszit) des Art. 29 GG aufnahm.

Als Antwort erhält man noch immer oft und nahezu reflexhaft die Erklärung der „Weimarer Erfahrungen“. Bedenkt man dann allerdings, dass es während der Weimarer Republik über-

haupt nur zwei Volksentscheide gab, die beide am exorbitanten Quorum scheiterten, wird man an dieser Erklärung Zweifel anmelden; der Politologe Werner J. Patzelt sprach kürzlich von der falschen Erinnerung an Weimar. Goerdeler und Beck, führende Köpfe des Widerstands gegen das NS-Regime, kamen in ihrer Denkschrift „Das Ziel“ (1941) sogar zu dem Schluss, dass die Volksgesetzgebung eine beizubehaltende Stärke Weimars gewesen sei, wohingegen das direkte Verhältnisswahlrecht ins Verderben geführt habe.

Vor solchem Hintergrund fragt man sich unweigerlich, ob beim Verweis auf schlechte Weimarer Erfahrungen nicht der Missbrauch des Volksentscheids im NS-Regime munter mit den tatsächlichen Weimarer Erfahrungen vermengt wird. ▶

## Historisches Beispiel

Am Ende spielt das aber für das Verständnis der Entstehung des Grundgesetzes keine Rolle. Ob der Verweis auf Weimar objektiv falsch ist, sagt nichts über die subjektive Einschätzung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates aus. Historisch betrachtet lässt sich die aufgeworfene Frage nur beantworten, wenn man untersucht, wie der Parlamentarische Rat zu seinem Ergebnis fand, sprich: ob die Eltern des Grundgesetzes wirklich „wegen Weimar“ auf direkte Demokratie verzichteten.

Und der erste Blick in die Beratungen des Parlamentarischen Rates zwischen September 1948 und Mai 1949 scheint dafür zu sprechen. Mehrfach wurde die Frage der direkten Demokratie Thema, mehrere Anträge wurden gestellt - das Ergebnis ist bekannt. Kein Geringerer als Theodor Heuss sagte am 9. September 1948, Volksgesetzgebung sei „in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen“. Als am 5. Mai 1949 ein Antrag dazu eingebracht wurde, wurde er kurzerhand ohne Debatte abgelehnt. Zuvor hielt Helene Wessel es am 8. Dezember 1948 für „ein Versehen, daß man dieses Recht [auf Volksbegehren] bisher in den Entwurf des Grundgesetzes nicht aufgenommen hat“, doch wurde ihr entgegnet, die Erfahrungen in Weimar seien ja „nicht sehr erbaulich“ gewesen.

Waren also die meisten Väter und Mütter des Grundgesetzes der Ansicht, wegen Weimarer Erfahrungen sei auf Volksgesetzgebung zu verzichten? Ein genauerer Blick auf Vorgeschichte und Zeitumstände, wie ihn Otmar Jung bereits 1995 in seinem umfassenden und noch immer lesenswerten Buch „Grundgesetz und Volksentscheid. Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen

direkter Deokratie“ unternahm, weckt Zweifel. So fällt etwa auf, dass die sonst vehement gegen Volksentscheide votierende CDU am 2. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat den Antrag einbrachte, dass über das Elternrecht - womit das Vorrecht der Eltern bei der religiös-weltanschaulichen Erziehung auch im Schulwesen gemeint war - ein Volksentscheid durchgeführt werden solle. Wenn es pragmatisch passte, schwanden die Vorbehalte also. Mehr noch fällt die Verfassungsentwicklung auf der Länderebene seit 1946 auf: Bei Unterschieden in der genauen Ausgestaltung fanden Volksbegehren und Volksentscheid in praktisch alle neuen Länderverfassungen des Westens Eingang. Man kann dabei schlecht argumentieren, die Landespolitiker seien eben zu anderen Schlussfolgerungen gelangt als die Bundespolitiker im Parlamentarischen Rat. Denn die Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten sich zuvor in der Landespolitik der Nachkriegszeit bewährt und wurden 1948 nicht vom Volk, sondern den Länderparlamenten gewählt. Wir stehen 1948/49 also vor zwei verschiedenen Ergebnissen bei gleichem Personal.

Um diesem Wandel auf die Spur zu kommen, muss der historische Hintergrund des sich rasend schnell entfaltenden Ost-West-Konflikts betrachtet werden. Volksgesetzgebung spielte in der Strategie der SED auf verschiedenen Wegen eine Rolle: Praktisch alle Landesverfassungen in der SBZ enthielten sie in unterschiedlicher Form, ebenso der Verfassungsentwurf der SED für einen deutschen Gesamtstaat. Ferner hatte die SED schon 1946 in Sachsen ein Enteignungsvolksbegehren für Unternehmer, die dem Nazi-Regime gedient hatten, initiiert - wobei der strafende Ansatz ein durchsichtiger Vorwand für tat-





sächlich sozialrevolutionäre Ziele war. Schließlich hatte die SED 1948 ein deutschlandweites Volksbegehren für einen deutschen Gesamtstaat und gegen eine etwaige Teilung initiiert. Dieses Begehren war freilich vom Beginn zum Scheitern verurteilt: In Ermangelung einer geltenden Verfassung gab es keine Rechtsgrundlage - mithin setzte das Verfahren voraus, was es zu erreichen beabsichtigte. Die Initiatoren bastelten sich ihre eigenen Regeln, aber auch die rigiden, stalinistischen Methoden, mit denen im Osten Unterschriftenquoten von 90 % und mehr erreicht wurden, machten das Volksbegehren zur Farce. Dabei braucht man nicht zu verschweigen, dass auch die antikommunistische Seite im Westen mit härtesten Bandagen die Gegenpropaganda führte - Willy Brandt etwa ventilierte, wer das Begehren unterschreibe, unterschreibe seinen Haftbefehl.

Obwohl dieses Volksbegehren also Symbolpolitik war, trug es seinen Teil dazu bei, im Westen die Teilstaatsgründung voranzutreiben. Dabei wollten die Ministerpräsidenten einen Volksentscheid über die Verfassung, den die Alliierten ursprünglich forderten, unbedingt vermeiden, um vor dem Hintergrund des SED-Begehrens dem Gegner keine Munition zu liefern - eine Auffassung, die auch im Parlamentarischen Rat geteilt, aber nie öffentlich geäußert wurde, weshalb man sie auch weder im Plenum noch im Hauptausschuss des Rates offen aussprach. Wesentlich aus diesem Gedanken entstand die Formel vom Grundgesetz als Provisorium, das als solches keiner plebiszitären Bestätigung bedürfe. Die Alliierten mussten davon mit einigem Aufwand überzeugt werden. Dafür stellte man dem Schreckgespenst SED noch das Schreckgespenst des Nationalismus zur Seite - auffälligerweise nur in der Argumentation gegenüber den Besatzern.

Warum aber sollte das Grundgesetz nicht enthalten, was die neuen Landesverfassungen ganz selbstverständlich enthielten: Verfassungsreferendum und Volksgesetzgebung? Die Quellenlage ist schwierig. Schon der Herrenchiemseer Verfassungskonvent, der den Parlamentarischen Rat vorbereitete, behandelte das Thema dürftig und verwarf es für das Grundgesetz. Fast die einzige Begründung hierfür nannte der Bevollmächtigte Suhr, als er auf das Risiko verwies, die SED werde auf intensive Anwendung des Volksentscheids zielen. Diese Furcht zog sich dann durch die Beratungen des Parlamentarischen Rates: Beim Verfassungsreferendum wollte man SED/KPD keine Einfallstore lassen. Bei der Volksgesetzgebung ist eine Formulierung des SPD-Abgeordneten Katz auffällig, wonach in „den jetzigen aufgeregten Zeiten“ direkte Demokratie nicht opportun sei. Das ist keine prinzipielle Ablehnung, aber es scheint doch die Sorge vor Instabilität und SED-Interventionen durch. Am Ende blieben nur die Territorialplebiszite in der Verfassung - weil man sie für unbedenklich hielt.

Auffälligerweise wurde weder öffentlich noch im kleinen Kreis kaum je auf Weimar verwiesen, was in anderen Themenbereichen üblich war. Das Vorgehen der Eltern des Grundgesetzes scheint wesentlich von der Sorge vor SED und KPD geprägt zu sein. Obwohl die meisten Abgeordneten im Vorfeld davon ausgegangen waren, dass das Grundgesetz direkte Demokratie enthalten werde, siegten situative Sorgen vor den Kommunisten sowie vor einem politisch unreifen, durch bestimmte Reizthemen wie der Frage der Einheit leicht instrumentalisierbaren, verführbaren Volk. Es half der Sache nicht, dass in den Debatten des Rates just der KPD-Abgeordnete Renner

### **Obwohl die meisten Abgeordneten im Vorfeld davon ausgegangen waren, dass das Grundgesetz direkte Demokratie enthalten werde, siegten situative Sorgen vor den Kommunisten sowie vor einem politisch unreifen, durch bestimmte Reizthemen wie der Frage der Einheit leicht instrumentalisierbaren, verführbaren Volk.**

regelmäßig den Finger in die direktdemokratische Wunde legte. Jung spricht bei dieser Aufschiebung direkter Demokratie, bis bessere Zeiten anbrechen, von einem Quarantäne-Konzept: Einhegung, bis die Ansteckungsgefahr vorüber sei.

Niemand aber war grundsätzlich gegen direkte Demokratie. So lässt sich letztlich auch Art. 20 GG erklären: Gewiss bedeutete er eine rechtliche Absicherung der direktdemokratischen Elemente auf Landesebene, aber eben auch die Aussicht auf bundesweite Volksgesetzgebung, wenn die stürmischen Zeiten vorbei seien. Dass diese situativ motivierte Grundsatzentscheidung ihre eigene Trägheit erreichen würde, sahen die Eltern des Grundgesetzes und die Ministerpräsidenten offenbar nicht voraus. Bezüglich eines Volksentscheids über die Verfassung sagte der Abgeordnete Brentano am 6.5.1949, mit einem Verzicht werde man „die politische Entwicklung mit einer schweren Hypothek“ versehen, „von der wir nicht wissen, ob wir sie jemals abtragen können“. Er sollte Recht behalten, wenn auch in etwas anderem Sinne, als er wohl dachte: nicht ein grundsätzlicher Mangel an Akzeptanz haftet dem Grundgesetz an, wohl aber eine mythisch überfrachtete Sorge vor direkter Demokratie nebst hohen formalen Hürden zu deren Einführung. /



**Philipp Deeg**  
Ehemaliger Mitarbeiter von  
Mehr Demokratie und Historiker.

# Joachim Raschke: Die Erfindung der modernen Demokratie

Eine Rezension von Philipp Deeg

Der Politologe Joachim Raschke versucht in seinem wortwörtlich großen Werk, das nicht selbstverständliche Entstehen der Demokratie im neuzeitlichen Flächenstaat zu ergründen. Denn die antike Demokratie war letztlich eine kommunale Angelegenheit, die überdies bis weit in die Neuzeit hinein – jedenfalls in gebildeten Kreisen – kein hohes Ansehen genoss, sondern sogar oft als Pöbelherrschaft verschrien war. Um die Grundwerte der antiken Demokratie unter neuzeitlichen Bedingungen aufleben zu lassen, bedurfte es also institutioneller Neuerungen.

Raschke möchte aber nicht nur die Institutionen moderner Demokratie identifizieren und beschreiben, sondern ihm schwebt eine historische Politikwissenschaft vor, die nicht einfach das Gegebene analysiert, sondern dessen Herkunft berücksichtigt. Dabei weist er zu Recht darauf hin, dass jene Neuerungen, die heute Demokratie ausmachen, keineswegs immer von Anfang an demokratisch gemeint waren. Es handelte sich bei solchen Innovationen oft um Lösungen der Zeitgenossen für akute politisch-soziale Herausforderungen, die erst im weiteren Verlauf demokratische Relevanz erhielten.

Weil Raschke sich aber bewusst ist, dass er diese historischen Prozesse ohnedies nicht vollständig darstellen kann, gestaltet er seine Arbeit als wissenschaftlichen Essay – mit fachlichem Anspruch also, aber doch mit Freiheiten, wozu etwa Stilfragen genauso gehören wie ein sparsamer Anmerkungsapparat. Nichtsdestotrotz zeigt schon



Joachim Raschke:  
Die Erfindung der modernen Demokratie. Innovationen, Irrwege, Konsequenzen.  
Wiesbaden: SpringerVS  
2020. € 84,99.

ein schnelles Daumenkino durch das Literaturverzeichnis die Belesenheit des Autors.

Auf dieser breiten Basis entfaltet Raschke ein reiches Tableau. So entwickelt er ein, wie er es selbst nennt, Demokratie-Navi aus drei Werten, sieben Prinzipien und fünf Institutionen. Das kann man als Kampfansage an verlogene Konzepte wie in Ungarn die „illiberale Demokratie“ von Victor Orbán lesen. Denn daraus erhellt sich, dass keines der 15 Elemente allein Demokratie ausmacht, Demokratie aber nicht mehr existiert oder jedenfalls nicht mehr voll funktionsfähig ist, wenn eines fehlt. Das lässt umso mehr aufhorchen, als Raschke zu den fünf Kerninstitutionen Volksabstimmungen zählt – bei allen Unterschieden der Ausgestaltung. Im selben Zuge gelingt ihm die Begründung, warum Volksabstimmungen in den meisten Ländern lange mit Skepsis beäugt wurden, und der Nachweis, dass von oben initiierte Abstimmungen seit je Prämien auf die Macht waren: Die

erste, wahnwitzig komplizierte gesetzliche Regelung zu Volksabstimmungen in der französischen Verfassung von 1793 kam nie zur Anwendung. Die ersten Plebiszite waren dann die Napoleons und später seines Neffen Napoleons III., die sich mit entsprechend gestalteten Abstimmungen ihre persönliche Macht per Referendum absichern ließen. Das sollte lehren, dass auch heute eine Volksgesetzgebung von unten nützlicher ist.

Ähnlich erhellend für die Arbeit von Mehr Demokratie dürfte die Erkenntnis sein, dass sich Neuerungen hin zu mehr Beteiligung fast immer auf dem Weg der Reform, mehr evolutionär als revolutionär, entwickelt haben.

Und doch lässt einen die Lektüre am Ende unzufrieden zurück. Denn zwar plädiert Raschke für eine lernende Demokratie und die Demokratisierung der Demokratie, sieht hier aber institutionell keine Neuerungsmöglichkeiten. Konsequenterweise kommen geloste Bürgerräte bei ihm nicht vor. Das ist umso erstaunlicher, als er Repräsentationslücken als eine zentrale demokratische Herausforderung ausmacht. Auch in direkter Demokratie sieht er keine großen Potentiale. Denn er wiederholt die – inzwischen widerlegte (siehe *mdmagazin* 2/2020) – These Wolfgang Merkels, wonach direkte Demokratie eine Sache der Wohlhabenden und Gebildeten sei. Und er kommt zu dem eigenwilligen Schluss, die Brexit-Abstimmung habe keine Befriedung gebracht, weil die Mehrheit nur knapp war; dass es am Design (juristisch unverbindliche Befragung, von oben ini-

# Ein neuer alter Stiftungsbeirat

tiert, kein abstimmungsfähiger Austrittsvertrag) gelegen haben könnte, kommt ihm nicht in den Sinn.

Auch historisch ist vieles unbefriedigend: Wie konnten antike Werte wie Freiheit und Gleichheit in der Moderne virulent werden, obschon die direkte Verbindung fehlt? Dass die Entwicklungspfade in den verschiedenen Ländern anders verliefen, ist wenig überraschend. Warum kam am Ende bei allen Differenzen Demokratie heraus? Auch verwischt Raschkes Formulierung von Erfindungen, die erst gemacht werden mussten, um Demokratie zu erreichen, die von ihm selbst betonte historische Pointe, dass es eben gerade keinen Plan vom Reißbrett gab. Auch bleiben die historischen Beschreibungen abstrakt und für Leser mit geringem Vorwissen schwer nachvollziehbar.

Überhaupt fragt man sich, welche Leserschaft erreicht werden sollte. Raschke scheidert an seiner Kombination aus wissenschaftlicher Systematik und freiem Stil: Platituden stehen neben Fachsprache, es wimmelt von Wiederholungen. Vielleicht hätte dieser Ansatz einer historischen Politikwissenschaft anders geschrieben werden müssen. /



**Philipp Deeg**

Ehemaliger Mitarbeiter von  
Mehr Demokratie und Historiker.

Bei der letzten Wahl im Frühjahr 2021 wurden Claudine Nierth, Andreas Häußler sowie Prof. Dr. Arne Pautsch als Mitglieder des Stiftungsbeirats im Amt bestätigt. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass dem Gremium jeweils ein Mitglied des Bundesvorstands (Claudine Nierth), eines aus dem Kuratorium von Mehr Demokratie (Arne Pautsch) sowie als drittes Mitglied möglichst eine Stifterin oder ein Stifter (Andreas Häußler) angehören muss.

Der Stiftungsbeirat hat zuletzt im November 2021 getagt und Claudine Nierth als Vorsitzende des Stiftungsbeirats sowie Andreas Häußler als stellvertretenden Vorsitzenden bestätigt. In seiner Sitzung hat der Beirat auch über die Verwendung der Erträge für 2021 entschieden. So sind im letzten Jahr 10.000 € an das Projekt LOSLAND geflossen. LOSLAND begleitet Kommunen in ganz Deutschland dabei, vor Ort eine enkeltaugliche Zukunft zu gestalten. Dafür entwickelt LOSLAND mit den Kommunen passgenaue Beteiligungsprozesse, inspiriert von Bürgerräten, dem Losverfahren und anderen Formen der Bürgerbeteiligung.

## Kontoverbindung des Stiftungsfonds für weitere Zustiftungen und Spenden

**Kontoinhaber:** Dachstiftung für individuelles Schenken

**BIC:** GENODEM1GLS

**IBAN:** DE54 4306 0967 0103 7008 00

**Bank:** GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum

**Verwendungszweck:** Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung

## Ansprechpartnerinnen



Mehr Demokratie e.V.

Katrin Tober

Tel.: 0421-79 46 370

katrin.tober@mehr-demokratie.de



GLS Treuhand e.V.

Britta Wilhelm

Tel.: 0234-5797 5256

Britta.Wilhelm@gls-treuhand.de



**Mehr Informationen**

[www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html](http://www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html)

# Wie geht Mehr Demokratie mit Corona um?

von Ulrike Moser

Der gesellschaftliche Konflikt ist auch bei Mehr Demokratie mit Händen zu greifen. Dabei liegt unser Fokus beim Umgang mit Corona, wie stets, auf dem demokratischen Prozess. In zehn Punkten fordern wir seit fast zwei Jahren Transparenz, Nachvollziehbarkeit und klare Begrenzung der Maßnahmen. Grundsätzliche Entscheidungen müssen in den Parlamenten getroffen werden. Bürgerinnen und Bürger müssen in geeigneten Formaten mitreden - gerade auch in der Krise.

Wie aber geht es, „die gesellschaftliche Solidarität in Eigenverantwortung zu stärken“? In der Corona-Pandemie mit ihren komplexen Hintergründen und Auswirkungen brauchen unterschiedliche Wahrnehmungen in der Gesellschaft so viel Respekt wie möglich. Unser Spielraum dafür ist mit den Impfungen, die selbst bei Erkrankung den Verlauf deutlich abmildern, weiter geworden.

Eigenverantwortung lässt sich sehr unterschiedlich verstehen: Heißt eigenverantwortlich Handeln, dass mündige Menschen sich freiwillig so verhalten, dass Kontaktregeln und Maskenpflicht überflüssig werden? Oder bedeutet Eigenverantwortung, sich impfen zu lassen, um weitere Grundrechts-Einschränkungen für alle zu vermeiden? Wo beginnt Solidarität - wo endet Eigenverantwortung?

Die einen akzeptieren eine Impfpflicht oder fordern sie sogar. Die anderen sehen ihre Entscheidungsfreiheit massiv bedroht. Was können wir tun, um die Gräben nicht weiter zu vertiefen, sondern die Situation leichter zu machen? Wir können weiter miteinander reden.

In der Politik, im Freundes- und Bekanntenkreis, im Verein und gemeinsam als Gesellschaft müssen wir ausloten, wie wir die Freiheit des Einzelnen mit der Freiheit Aller in Einklang bringen wollen. Was bedeutet Solidarität für uns? Wie können wir individuell verantwortlich in dieser Situation handeln?

Entscheidungsträgerinnen, Soziologen und Prominente appellieren in den letzten Monaten laut gegen den Hass. Hier können wir bei uns selbst anfangen. Denn wenn die Alternativen sind zu schweigen, sich nur noch in der eigenen „Blase“ auszutauschen oder Gift und Galle gegen die „andere Seite“ zu spucken, dann ist das manchmal anstrengender, aber eben oft auch das verbindende Gespräch der Weg, gemeinsam durch diese Krise zu gehen.

Unser Bundesvorstand hat „(...) die inhaltliche Positionierung zur Impfpflicht diskutiert und abgewogen, und sich dagegen entschieden, dass Mehr Demokratie sich hier politisch inhaltlich positioniert. Die Rolle von Mehr Demokratie soll vielmehr sein, Räume zu fordern und selbst zu schaffen, in denen dieses gesellschaftlich polarisierende Thema diskutiert und Pro und Contra in angemessenem Rahmen besprochen werden können.“ (Einstimmiger Beschluss vom 8.12.2020). Diesen Austauschraum öffnen wir auch in diesem Magazin.

[www.mehr-demokratie.de/themen/corona-und-demokratie/unsere-forderungen](http://www.mehr-demokratie.de/themen/corona-und-demokratie/unsere-forderungen)

**Beste Grüße aus dem Mitgliederservice, Ulrike Moser im Mehr Demokratie-Bundesbüro. Sie erreichen uns unter: 07957-923 90 50**



# FAQ

# Da geht es lang!

Mehr Demokratie hat die Ziele für 2022/2023 beschlossen

**D**ie derzeit wohl wichtigsten Aufgaben für unsere Gesellschaft stellen sich mit dem Klimawandel, der Digitalisierung, der sozialen Spaltung der Gesellschaft, sowie den Folgen der Globalisierung und der Pandemie.

Mehr Demokratie kann und will dazu einen sinnvollen Beitrag leisten, indem wir auch diese Themenfelder adressieren und den Demokratiebezug verdeutlichen. Dazu bearbeiten wir das Klimathema und perspektivisch auch das Thema der Ungleichheit inhaltlich, da hier immer stärker der demokratische Gestaltungsraum selbst berührt ist.

Wir stärken direktdemokratische Instrumente und Beteiligungsrechte, erweitern die Demokratie durch neue digitale Beteiligungsmöglichkeiten und entwickeln Prozesse, die gesellschaftliche Polarisierung überwinden helfen und mehrheitsfähige, kollektiv-intelligente Lösungen hervorbringen. Wir wollen folgende Schwerpunkte für unsere Arbeit setzen:

## A Bundesebene

### 1. Direkte Demokratie Volksentscheid

- Argumentation für Volksentscheide auf Bundesebene aktualisieren und stärker in der Zivilgesellschaft verankern.
- Kombination von Bürgerräten und Volksabstimmung thematisieren (z.B. VE über Ergebnisse eines Bürgerrats).
- Das Petitionsverfahren soll gestärkt und die Möglichkeit geschaffen werden, öffentliche Petitionen in Ausschüssen und im Plenum zu beraten (in Richtung einer Volksinitiative).
- Zusammenarbeit mit Abstimmung21 beenden.

### 2. Losbasierte Bürgerräte/Bürgerbeteiligung

- Rechtliche Verankerung von Bürgerräten und die Einrichtung einer unabhängigen Koordinationsstelle beim Bundestag erreichen.
- Ausbau zum Fachverband für losbasierte Bürgerräte, dazu Qualitätsstandards formulieren und Zusammenarbeit mit wissenschaftlicher Institution etablieren

- Formate partizipativer Gesetzgebung auf Bundesebene fordern.

### 3. Bundestagswahlrecht

- Inhaltliche Begleitung des Prozesses zur Reform des Bundestagswahlrechts
- Kriterien für ein modernes Wahlrecht und unsere Vorschläge für Wahlrechtsreformen in Lobbygesprächen, sowie weitere Positionen zur Veränderung des Wahlrechts vorschlagen (Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger und -bürgerinnen, Wahlrecht U18, Protest- und Ersatzstimme).
- Beim Bundestag einen gelosten Bürgerbeirat zu der Wahlrechtskommission einfordern.
- Weitere Reformvorschläge im Verband diskutieren und gegebenenfalls beschließen, z.B. Koalitionspräferenz, Themenpräferenzen.

### 4. Reform von Parlament und Regierungssystem

- Das Ziel unterstützen, den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ zum Hauptausschuss für „Bürgerschaftliches Engagement und Demokratie“ umzuwandeln.
- Ideen für die Weiterentwicklung der Demokratie diskutieren: Parlamentsreformen, Reform von Regierungsstrukturen (z. B. Konsens-/Konkordanz-Regierung), Einführung von Verfassungszielen, Ergänzung und Sicherung der Gewaltenteilung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für die öffentliche Meinungsbildung.

### 5. Europa/Europäische Union

- Mehr Demokratie begleitet die Reformdiskussion in der EU auf Basis der Positionspapiere.
- Sollte im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas ein Vertragsänderungsprozess oder ein Verfassungskonvent starten, werden wir unsere Positionen mit Nachdruck in die europaweite Debatte einbringen. ▶

## 6. Handelspolitik

- a) CETA Verfassungsbeschwerde mit 125.000 Beschwerdeführern von Mehr Demokratie gemeinsam mit Campact und foodwatch eingereicht. Verfahren möglichst erfolgreich abschließen.
- b) Verfassungsbeschwerde zum Handelsabkommen EU-Singapur mit 13.303 Beschwerdeführern von Mehr Demokratie gemeinsam mit Campact und foodwatch eingereicht. Verfahren möglichst erfolgreich abschließen.

## 7. Digitale Demokratie

- a) Erarbeiten eigener digitaldemokratischer Positionen in Form einer Digital-Agenda.
- b) Erste Schritte einleiten zum Fachverband für digitale Demokratie.
- c) Aufbau eines eigenen Bereichs, Netzwerkarbeit.

## B Landesebene

Die Verfahren verbessern und gleichzeitig Modelle schaffen, die auf die Bundesebene übertragen werden können. Personelle Ressourcen stärken, vor allem für die Lobbyarbeit auf Landesebene.

### 1. Sachsen und Thüringen

In beiden Ländern stehen Reformen der direkten Demokratie auf Landesebene an (Senkung der Volksbegehrenshürde, Liberalisierung Finanztabu, Umbau Bürger- zum Einwohnerantrag); gleichzeitig gibt es Vorschläge zur Einführung des fakultativen Referendums (Volkseinwand). Diese Reformbestrebungen sollen intensiv unterstützt werden, zumal der Volkseinwand Modell für andere Bundesländer und die Bundesebene werden könnte.

### 2. Baden-Württemberg

Auf der Basis der Reform des Art. 59 der Landesverfassung erstmalig einen Bürgerrat von unten zu einem geeigneten Thema initiieren, um dieses Modell zu erproben und Erfahrungen zu sammeln.

### 3. Schleswig-Holstein (LT-Wahl 2022)

- a) Einführung der Kombination von Bürgerräten und direkte Demokratie.

- b) Die Ausgestaltung der (bundesweit ersten Möglichkeit) der digitalen Unterschriftensammlung von Volksinitiativen konstruktiv begleiten.

## 4. Berlin

Für Klima-Bürgerrat einen Bürgerbeirat o.a. etablieren

## C Kommunale Ebene

### 1. Consul - die Open Source Beteiligungsplattform

- a) Consul als führende Beteiligungsplattform in Deutschland etablieren. In den nächsten zwei Jahren das Netzwerk auf mind. 50 Kommunen ausweiten.
- b) Positive Beispiele schaffen, die auch über die Consul-Community hinaus die Möglichkeiten digitaler Beteiligung aufzeigen.
- c) Ganzheitliche Beteiligungs-Konzepte, die das Zusammenspiel analog und digital enthalten, sowie die Themen OpenSource und OpenData, und damit die digitale Demokratie auf kommunaler Ebene stärken.

### 2. Kommunales Zentrum für Beteiligung und Zukunftsfragen

- a) Bundesweite Bürgerbegehrensberatung um Beratung von losbasierten Verfahren und anderen Formen der Bürgerbeteiligung erweitern.
- b) Als Spezialfall die inhaltliche Ausrichtung auf die Klimathematik ausbauen, das heißt, dass durch geeignete Beteiligungsverfahren möglichst viele Menschen an der Klima-Debatte teilhaben und diese mitgestalten können.
- c) Mehr Demokratie kann selbst geeignete Beteiligungsverfahren gemeinsam mit Fachverbänden dazu auf den Weg bringen.
- d) Perspektivisch die Projekte LOSLAND und „Die Klimadebatte“ integrieren.

Beschluss der Bundesmitgliederversammlung am 22.01.2022

# Termine

## Bundesmitgliederversammlungen 2022



Liebe Mitglieder,

die Bundesmitgliederversammlungen finden dieses Jahr

**am 14. & 15. Mai 2022 in der Jugendherberge Berlin Ostkreuz und  
am 26. & 27. November 2022 im Haus der Kirche in Kassel statt.**

Zur Novemberversammlung findet die Wahl des Bundesvorstandes statt.

### Zur Information für (neue) Mitglieder:

Die Einladung zur Mitgliederversammlung (BMV) erfolgt in einem zweistufigen Verfahren: Ca. 12 Wochen vor Termin bekommen Sie die Ankündigung der BMV. Darin werden die vorläufige Tagesordnung und die Antrags- und Anmeldefristen bekannt gegeben. Spätestens 4 Wochen vor Termin folgt dann die eigentliche Einladung zur BMV mit der um die Anträge erweiterten Tagesordnung. Diese Informationen erhalten Sie per E-Mail. Falls sich Ihre E-Mailadresse geändert hat oder Sie umgezogen sind, teilen Sie dem Mitgliederservice bitte in jedem Fall Ihre neuen Kontaktdaten mit, damit die Einladung Sie erreicht. Sollten Sie keine E-Mailadresse haben, erhalten Sie Ankündigung und Einladung per Post. Unseren **Mitgliederservice** erreichen Sie unter **07957/923 90 50** bzw. über **mitgliederservice@mehr-demokratie.de**

Alle Informationen wie Einladung, Fristen, eingereichte Anträge und sonstige Unterlagen zur kommenden Mitgliederversammlung finden Sie außerdem im Log-In-geschützten Bereich der Webseite (Mitgliederbereich) unter „Gremien & Protokolle“ => „Mitgliederversammlung“. Hier können Sie außerdem die Protokolle und Unterlagen der vergangenen Mitgliederversammlungen einsehen. Falls Sie noch keinen Log-In für den Mitgliederbereich haben oder ihr Passwort nicht mehr kennen, können Sie es auf der Startseite des Mitgliederbereichs (mitglieder.mehr-demokratie.de/) im Abschnitt „Passwort“ anfordern. Bitte beachten Sie, dass Links zum Mitgliederbereich, die wir z.B. in Ankündigung oder Einladung versenden, sich nur öffnen, wenn Sie sich zuvor in den Mitgliederbereich eingeloggt haben.

# Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

## Baden-Württemberg

Im Dezember 2021 war die Änderung des Landtagswahlrecht in erster Lesung im Landtag. Grüne, CDU und SPD möchten das aktuelle Ein-Stimmen-Wahlrecht nach Vorbild des Bundestagswahlrechts zu einem Zwei-Stimmen-Wahlrecht abändern. Positiv ist die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre. Kritisch sehen wir die im Ländervergleich hohen Wahlzulassungshürden für kleine Parteien. Ebenfalls im Dezember hat der Stuttgarter Gemeinderat entschieden, einen Bürgerrat zu Klimamaßnahmen im Sommer 2022 durchzuführen. Dem war ein erfolgreicher Einwohnerantrag vorangegangen. Auf der kommenden Landesmitgliederversammlung wird ein neuer Landesvorstand gewählt. Interessierte Mitglieder sind dazu aufgerufen, sich im Stuttgarter Büro zu melden.

## Bayern

Ein besonderes Erlebnis war die Lange Nacht der Demokratie am 2.10.21. Wir waren in Freising und beim Riesenrad in München vertreten, wo wir in Gondeln Workshops zu unseren Themen über den Dächern Münchens angeboten haben. Ein schöner Ansatz, unseren Verein zu präsentieren. Ebenso spannend ist, wie sich im Anschluss an unsere Veranstaltung zum Thema „demokratische Kultur“ ein kleiner Kreis an Mitgliedern gefunden hat, der die Sache nun inhaltlich weiter ausarbeiten möchte. Daraus haben wir die Erkenntnis gewonnen, dass wir Gesprächsräume öffnen wollen, die aktuell in der Öffentlichkeit nicht gegeben sind. Damit streben wir an, Ambivalenz aushalten

zu können und gemeinsam zu Lösungen zu finden. Dafür werden wir einige Veranstaltungen dieses Jahr anbieten.

## Berlin

In Berlin fanden im September gleich drei Wahlen und der einzige Volkstentscheid in Deutschland auf Landesebene 2021 statt. Nach einer Kampagne mit Wahlprüfsteinen und persönlichen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern vor den Koalitionsverhandlungen sind wir mit deren Ergebnissen teilweise sehr, teilweise überhaupt nicht zufrieden. Die Online-Eintragung hat es trotz positiver Bekundungen aller drei Koalitionspartner vor der Wahl nicht in das Regierungsprogramm geschafft. Dafür aber eine ambitionierte Formulierung zu einem Transparenzgesetz und eine voraussichtlich ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des geplanten Klimabürgerrates. Auch unsere langjährige Forderung nach einem „Wahlalter 16“ wurde im Koalitionsvertrag berücksichtigt. Für die notwendige Verfassungsänderung würden die Stimmen der Koalitionsfraktionen gemeinsam mit den Stimmen der FDP ausreichen, die sich im Wahlprogramm ebenfalls dafür ausgesprochen hat. Zu unseren Hauptaufgaben im kommenden Jahr wird es gehören, die Expertenkommissionen zum Wahlchaos und zur Umsetzung des Volkstentscheides kritisch und konstruktiv zu begleiten.

## Brandenburg

Am 8. März 2021 übergab die Initiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für „Sandpisten“ 32.123 gesam-

melte Unterschriften an den Brandenburger Landtag. Nachdem der Landtag die Forderungen nicht übernahm, startete die Initiative am 12. Oktober 2021 das Volksbegehren. Im September reichten die Freien Wähler, die die Volksinitiative gestartet hatten, einen Eilantrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf die Zulassung der Möglichkeit der freien Unterschriftensammlung (solange Einschränkungen wegen Corona gelten) beim Brandenburger Landesverfassungsgericht ein. Dieses lehnte die Klage auf Zulassung von Straßensammlungen am 29. Oktober ab.

## Bremen/Niedersachsen

Das letzte Jahr hätte für die direkte Demokratie in Niedersachsen gut enden können: Auf ein Rekordjahr der Bürgerbegehren folgte mit 2021 ein Rekordjahr der Bürgerentscheide. Und am 1. November feierten Bürgerbegehren und Bürgerentscheid im nördlichen Nachzüglerland ihren 25. Geburtstag. Doch am selben Tag trat eine Reform des Kommunalverfassungsgesetzes in Kraft. Jetzt muss die betroffene Gemeinde für jedes Bürgerbegehren eine Kostenschätzung abgeben. Das Problem: Sie kann sich dabei Zeit lassen und so ein Bürgerbegehren ausbremsen. Es gibt keine gesetzliche Deadline. Auch der Negativkatalog wurde noch dicker. Der NDR griff unsere Kritik auf ([tinyurl.com/2p92u6r6](https://www.tinyurl.com/2p92u6r6)). In Bremen will Rot-Grün-Rot Bürgerforen nach baden-württembergischem Vorbild einführen.

## Hamburg

Auf unserem ersten Mitgliedertreffen des Jahres haben wir die wichtigsten Aufgabenstellungen angeschaut und uns vorgenommen, unsere Aktivitäten mit mehr kulturellem Fundament zu unterlegen. Dabei wollen wir auch Kinder und Jugendliche in den Fokus nehmen.

In Hamburg steigt die Spannung in Erwartung des Verfassungsurteils zur Verbindlichkeit von Bürgerbe-



gehen, das am 4. Februar fallen soll. In der Anhörung vor dem Verfassungsgericht im Dezember konnte man den Wortmeldungen der beteiligten Parteien und der vorsitzenden Verfassungsrichterin sowie der Atmosphäre im Saal entnehmen, dass wir als Beklagte gute Argumente vorzutragen haben und dass das Gericht dies auch anerkennt. Ob die seit November 2020 bestehende Verfassungsauftrag zur „Bürgernähe“ wohl Eingang in die Rechtsprechung findet?

Um Bürgernähe der konsultativen Variante geht es in unserer Veranstaltung am 15. Februar, wenn die einschlägigen Entscheider der Stadt uns online Rede und Antwort stehen.

---

### Hessen

Der hessische Landesverband erhält im neuen Jahr Verstärkung. Wir freuen uns sehr, eine zweite Stelle mit der Politikwissenschaftsstudentin Sabrina aus Marburg zu besetzen. Für Nelly als bisher alleinige Mitarbeiterin heißt das: Endlich nicht mehr allein im Homeoffice versauern! Mit zwei Mitarbeiterinnen können wir 2022 voller Tatendrang unsere Idee, Bürgerräte auf Landesebene mit dem Verfassungsreferendum zu verbinden, umsetzen und unsere laufenden Projekte mit mehr Kapazitäten angehen. In Hessen sind wir damit in einer denkbar guten Ausgangsposition - vielleicht in der besten in der Geschichte des Landesverbandes. Die letzten Monate waren von den Vorbereitungen fürs neue Jahr geprägt. Bei uns steht 2022 unter anderem die Wahl eines neuen Vorstands an. Es tut sich also was in Hessen - inhaltlich wie organisatorisch!

---

### Mecklenburg-Vorpommern

Erstmals seit langem soll im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern wieder eine Mitgliederversammlung durchgeführt werden. Zu dieser Veranstaltung, die pandemiebedingt online stattfinden wird, sind am 19.03.2022 alle Mitglieder von Mehr Demokratie Mecklenburg-Vor-

pommern herzlich eingeladen. Die Versammlung wird um 10.00 Uhr beginnen und ungefähr bis 15.00 Uhr dauern. Der wichtigste Tagesordnungspunkt wird hier die Wahl eines neuen Vorstandes sein. Aus diesem Grund möchten wir alle Mitglieder des Landesverbandes dazu ermutigen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Weitere Informationen, wie Details zur Tagesordnung oder die Teilnahme über das Video-Konferenzsystem „Zoom“, erhalten Sie rechtzeitig mit der offiziellen Einladung. Wir hoffen auf rege Teilnahme und eine inspirierende Versammlung.

---

### Nordrhein-Westfalen

Zahlreiche Infostände zu Abstimmung<sup>21</sup>, Wahlhelferseminare für junge Menschen zur Bundestagswahl und der erfolgreiche Einsatz gegen neue Hürden für Bürgerbegehren im Land - das waren die Highlights des nordrhein-westfälischen Landesverbandes im Jahr 2021.

Aufgrund zahlreicher inhaltlicher sowie handwerklicher Mängel könnte ein Gesetzentwurf von CDU und FDP zur Wählergruppentransparenz die Hürden für Bürgerbegehren deutlich erhöhen. Wir haben uns dazu in einer Sachverständigenanhörung Anfang Dezember sehr deutlich geäußert und begleiten das Gesetzgebungsverfahren weiter aufmerksam.

In großen Schritten geht es auf die Landtagswahl im Mai 2022 zu. Wir wollen, dass NRW zum Mitmachland wird. Dafür planen wir eine umfangreiche Kampagne mit Aktionen, Infoständen und Diskussionsrunden. Ein besonderes Anliegen ist es, unsere Mitglieder in die Kampagne einzuspannen.

---

### Sachsen-Anhalt

Nach langem Warten gibt es endlich wieder eine Landesmitgliederversammlung im Verband Sachsen-Anhalt. Die Veranstaltung findet planmäßig am 12.02.22 statt. Ein besonders wichtiger Punkt auf der Tagesordnung ist dabei die Wahl eines Landesvorstandes. Es

haben bereits einige Mitglieder ihr Interesse für die Übernahme eines solchen Amtes bekundet.

---

### Sachsen

Wir haben auf unserer letzten Mitgliederversammlung am 13.11.2021 wichtige Punkte für das neue Jahr 2022 besprochen. Diskutiert wurden unter anderem das für Sachsen geplante Transparenzgesetz sowie die zu erwartende Verfassungsreform. Außerdem wurde ein Ausblick auf Termine und die Ziele für das neue Jahr gegeben. Hierbei haben wir beschlossen, den Omnibus für direkte Demokratie in einigen Städten Sachsens touren zu lassen. Ferner wurde die Möglichkeit diskutiert, die Verfassungsänderung mit einer Petition zu unterstützen. Zuletzt haben wir darüber gesprochen, Podiumsdiskussionen zum Thema Bürgerräte durchzuführen. Leider war die Veranstaltung nicht so gut besucht wie erhofft. Der Landesverband ist jedoch zuversichtlich, dass die nächste Versammlung mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben wird.

---

### Thüringen

Die Petition „Modernes Wahlrecht für Thüringer Kommunen“ hat es über die Ziellinie von 1.500 Unterschriften geschafft. 1.546 Menschen haben die Petition im Internet unterzeichnet. Zudem haben etliche Mitglieder im Freundes- und Bekanntenkreis Unterschriften gesammelt. Am Ende waren 1.654 Unterschriften zusammen. Jetzt kann der Landesvorstand die Idee direkt im Petitionsausschuss des Landtages vorstellen: Zukünftig sollen Kommunen entscheiden können, welche Maßnahmen sie bei Kommunalwahlen ergreifen, um die Wahlbeteiligung zu steigern. Übernimmt der Landtag die Idee für das Kommunalwahlgesetz, wäre das einmalig in Deutschland und könnte zum Modell für andere Länder werden. Deshalb wurde die Petition auch von so vielen Menschen aus ganz Deutschland unterstützt. Dafür herzlichen Dank! /

# „Bildet, ihr könnt es, ... freier zu Menschen euch aus.“

Schiller/Goethe, Xenien, 96.

Freiheit. Was für ein Sehnsuchtswort. Und auf der Kehrseite randaliert die Unfreiheit. Das habe ich erlebt. Und im Herbst '89 ging es endlich um Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Dann fiel die Mauer. Wunder und Wahnsinn. Wir fühlten uns freigelassen und sind eingetaucht in die Konsum- und Reisefreiheit. Sind wir wieder aufgetaucht? Auch Ladenketten können gefangen nehmen. Das Freisein von etwas erfährt seine Erfüllung erst in dem Freisein für etwas. Das meint dieses: Bildet freier zu Menschen euch aus. Freiheit und Verantwortung sind Geschwister, die in einer Demokratie gemeinsam aufwachsen und der Gesellschaft aufhelfen. Die Idee der Demokratie ist doch, dass wir Entscheidungen beeinflussen können - jederzeit. Für uns selbst, für andere, für uns alle.

Zitat ausgesucht und kommentiert von Ralf-Uwe Beck,  
Bundesvorstandssprecher



Schiller/Goethe, Xenien, 96.

Ein Gemeinschaftswerk der beiden Dichter:

Friedrich Schiller 1759-1805, Johann

Wolfgang Goethe 1749-1832

## Kontakt

**Landesbüro Baden-Württemberg**  
 Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart  
 Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11  
 info@mitentscheiden.de

**Landesbüro Bayern**  
 Schwanthalerstr. 120, 80339 München  
 Tel: 089-462 242 05  
 bayernbuero@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Berlin/Brandenburg**  
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
 berlin@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Bremen/Niedersachsen**  
 Bernhardstr. 7, 28203 Bremen  
 Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371  
 bremen@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Hamburg**  
 Mittelweg 12, 20148 Hamburg  
 Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028  
 info@mehr-demokratie-hamburg.de

**Ansprechpartner Hessen**  
 Matthias Klarebach, Dirk Oestreich  
 vorstand@mehr-demokratie-hessen.de  
 Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)  
 felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**  
 Hermannstr. 36, 18055 Rostock  
 mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Nordrhein-Westfalen**  
 Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln  
 Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99  
 nrw@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Rheinland-Pfalz**  
 Franz Botens  
 Tel. 01573-062 06 33  
 franz.botens@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Saarland**  
 Thomas Gretscher  
 Tel. 0681-416 36 41  
 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Sachsen-Anhalt**  
 Oliver Wiedmann  
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
 oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Sachsen**  
 Kreuzstrasse 3B, 04103 Leipzig  
 Tel. 0163-685 69 66  
 sachsen@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Schleswig-Holstein**  
 Dorfstr. 2a, 24975 Husby  
 Tel. 04634-936 76 16, Mobil 0157-522 432 20  
 sh@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Thüringen**  
 Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt  
 thuringen@mehr-demokratie.de  
 Tel. 0172-7 96 29 82

## Arbeitsbereiche

**Geschäftsführung und Kuratorium**  
 Roman Huber, Büro Tempelhof  
 roman.huber@mehr-demokratie.de  
 Alexander Trennheuser, Büro NRW  
 alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

**Service für Mitglieder und Förderer**  
 Ulrike Moser, Büro Tempelhof  
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
 Anne Dänner, Büro Berlin  
 Anselm Renn, Büro Berlin  
 presse@mehr-demokratie.de

**Internet**  
 Aline Koeppen  
 aline.koeppen@mehr-demokratie.de  
 Stefan Padberg (Technik)  
 webmaster@mehr-demokratie.de

**Vorträge und Repräsentation**  
 Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin  
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

**Finanzierung und Stiftung**  
 Katrin Tober, Büro Bremen  
 katrin.tober@mehr-demokratie.de

**Wissenschaft und Dokumentation**  
 Frank Rehmet, Büro Hamburg  
 frank.rehmet@mehr-demokratie.de

**Lobbyarbeit**  
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin  
 claudine.nierth@mehr-demokratie.de  
 Oliver Wiedmann, Büro Berlin  
 oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

**Democracy International**  
 Daniel Schily, Büro NRW  
 daniel.schily@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Aufbauende Demokratie**  
 Harris Tiddens  
 harris.tiddens@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Europa und Welt**  
 Stefan Padberg  
 stefan.padberg@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Bürgerbegehren**  
 Susanne Socher, Büro Bayern  
 beratung@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Wahlrecht**  
 Paul Tiefenbach, Büro Bremen  
 paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Bürgerbeteiligung**  
 Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü  
 fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis dezentrale Demokratie**  
 Karl-Martin Hentschel  
 karl.m.hen@googlemail.com

**Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie**  
 Alexandra Arweiler  
 alexandra.arweiler@mehr-demokratie.de

**Beratung von Bürgerbegehren**  
 Bei den Landesbüros oder zentral:  
 beratung@mehr-demokratie.de

**Beratung zu Bürgerräten**  
 Thorsten Sterk  
 thorsten.sterk@buergerrat.de

## Bundesbüros

**Bundesbüro Tempelhof**  
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg  
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55  
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

**Bundesbüro Berlin**  
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
 berlin@mehr-demokratie.de

## Impressum

**Herausgeber (V.i.s.d.P.)**  
 Mehr Demokratie e.V.  
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg  
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55  
 info@mehr-demokratie.de

**Redaktion**  
 Dieter Halbach  
 zeitschrift@mehr-demokratie.de  
 0176-26 95 45 59

**Abonnement**  
 18 Euro für vier Ausgaben jährlich.  
 Für Mitglieder und Förderer von  
 Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis  
 durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Anzeigen**  
 Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

**Druck**  
 Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG  
 100% Umweltpapier

**Konto**  
 Mehr Demokratie, BfS München  
 IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105  
 BIC: BFSWDE33MUE

**Kleingedrucktes**  
 Nachdruck frei, Quellenangabe und  
 Belegexemplar erbeten. Namentlich  
 gekennzeichnete Artikel geben nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion oder  
 des Vereins wieder. Für unaufgefordert  
 eingesandte Artikel kann keine Haftung  
 übernommen werden. Die Redaktion behält  
 sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung  
 von Leserbriefen vor.

**Redaktionsschluss**  
 Für Heft 2/2022: 2.5.2022

**Bildnachweis**  
 Soweit nicht anders angegeben, stammen  
 die Bilder dieser Ausgabe aus unserer  
 Datenbank.

**Gestaltung**  
 Liane Haug





**WIR  
WOLLEN  
MEHR!**

Seit mehr als 30 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

 [facebook.com/mehrdemokratie](https://facebook.com/mehrdemokratie)  
 [twitter.com/Volksentscheid](https://twitter.com/Volksentscheid)  
 [instagram.com/mehr\\_demokratie](https://instagram.com/mehr_demokratie)

[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)  
Tel. 030-42 08 23 70  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)



**MEHR  
DEMOKRATIE**